



Mit den Herrschenden „russisch“ reden Die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Österreich

HANS HAUTMANN

Der Preußenkönig Friedrich II. gab einmal bei einem Parademanöver seiner Truppen dem kommandierenden General, als der die bewundernswerte Exaktheit der Bewegungen der Soldaten und das marionettenhafte Befolgen aller Befehle herausstrich, zur Antwort: „Nicht dies, sondern dass die Kerle uns nicht totschießen, ist das Merkwürdigste.“ Das Rätsel ist also nicht, warum Revolutionen ausbrechen, sondern warum Menschen generationenlang die Zustände ertragen, gegen die sie schließlich aufstehen. Eine Erklärung dafür findet sich unvermutet in Umberto Ecos Roman „Der Name der Rose“, in dem es an einer Stelle heißt: „Denn nur die Mächtigen wissen immer genau, wer ihre wahren Feinde sind.“ Der Satz enthält eine tiefe Wahrheit. Er gibt eine Antwort darauf, warum erfolgreiche Revolutionen so selten sind, warum so viele Aufstände, Empörungen und Revolten in der Vergangenheit verpufften und scheiterten, warum die meisten Revolutionen nicht bis zur letzten Konsequenz durchgeführt wurden und auf halbem Weg stehenblieben. Nur in wenigen Fällen paarte sich der objektive Faktor mit dem subjektiven, erwiesen sich die Revolutionäre als stärker, entschlossener und schlauer als ihr Widerpart und bereiteten ihm eine vernichtende Niederlage: 1789 in Frankreich und 1917 in Russland, Revolutionen, denen deshalb zu Recht das Attribut „groß“ verliehen wird.

Die Revolution, die am 7. November 1917 in Russland siegte, war eine sozialistische Revolution. Ihre Ursachen sind nicht erklärbar, wenn man sich nicht vor Augen hält, was vorher geschah und wogegen sie sich wandte. Die imperialistischen Bourgeoisien der Großmächte, für die es – wie Karl Kraus es einmal ausdrückte – „zuzeiten notwendig ist, Absatzgebiete in Schlachtfelder zu verwandeln, damit aus diesen wieder Absatzgebiete werden“, hatten im August 1914 die Menschheit in eine noch nie dagewesene Katastrophe gestürzt. Es war

ein Krieg im Interesse der nach Expansion gierenden ökonomischen Eliten gegen die Interessen der Volksmassen, in dem der dem Imperialismus inhärente Drang nach Gewalt, seine Brutalität und Menschenverachtung orgiastisch zum Ausbruch kam. Die Oktoberrevolution war der Versuch, diesen Zustand zu beenden, den Teufelskreis von Ausbeutung, Imperialismus und Krieg zu durchbrechen und die Grundlagen einer gesellschaftlichen Ordnung, die Derartige hervorgebracht hatte, aus der Welt zu schaffen. Gerade dadurch blieb ihre Wirkung nicht auf Russland beschränkt, sondern strahlte über die Grenzen hinweg in andere Länder aus. Eines dieser Länder war Österreich, das besonders tief und nachhaltig von den Ereignissen in Russland beeinflusst wurde.

Februarrevolution

Bekanntlich hat Russland zwischen 1905 und 1917 nicht weniger als drei Revolutionen erlebt. Schon die erste Revolution des Jahres 1905 übte auf Österreich eine stärkere Wirkung aus als auf andere europäische Länder, weil die innere Lage im Zarenreich jener in der Habsburgermonarchie ähnelte. Beide waren Vielvölkerstaaten, in denen das herrschende „Staatsvolk“ ökonomische wie politische Privilegien genoss und die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der anderen Völkerschaften niederhielt. In beiden Ländern behaupteten sich hartnäckig überkommene feudale Strukturen, war der obrigkeitstaatliche Charakter des Regimes besonders ausgeprägt. Der revolutionäre Funke aus Russland sprang daher auf einen Boden, der sich hier leichter entzündete als anderswo. Eine große Massenbewegung der ArbeiterInnenschaft, ausgelöst von der russischen Revolution, erzwang damals in Österreich die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

Größer und tiefgreifender war der Einfluss der zweiten russischen Revolution im Februar (März) 1917, die die zaristi-

sche Selbstherrschaft stürzte. Auch sie traf in Österreich erneut auf Bedingungen, die ihre revolutionierende Wirkung ermöglichten und besonders verstärkten. Der Erste Weltkrieg hatte alle Gegensätze, die im Habsburgerreich seit langem bestanden, extrem verschärft. Die Massen litten im dritten Kriegsjahr an katastrophalem Lebensmittelmangel, an der Teuerung und Desorganisation der Versorgung sowie an der Knebelung ihrer Rechte, die sich in der Beseitigung des Parlaments, der Unterstellung kriegswichtiger Betriebe unter militärisches Kommando und Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf alle politischen Delikte äußerte. Die nationalen und sozialen Spannungen spitzten sich im berüchtigten Hungerwinter 1916/17 immer mehr zu. Aus dem Krieg, in dem die herrschenden Klassen in Österreich die Möglichkeit gesehen hatten, einen Ausweg aus ihren wachsenden Schwierigkeiten zu finden und sozial- wie nationalrevolutionäre Bestrebungen ein für alle Mal zu unterdrücken, war für Österreich-Ungarn ein Kampf auf Leben und Tod geworden, in dem nicht nur der Thron der Habsburger und die Existenz des multinationalen Staates selbst schon auf dem Spiel standen, sondern darüber hinaus bereits der Bestand des Systems imperialistischer Herrschaft schlechthin.

In diese Situation platzte die Nachricht vom Sturz des Zaren und vom Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland, der die den Krieg bereits gründlich hassenden werktätigen Massen aufhorchen ließ. Zeigte ihnen das russische Beispiel doch, dass es auch unter den Bedingungen eines kriegsdiktatorischen Regimes möglich war, die Dynasten zu verjagen und demokratische Freiheiten zu erkämpfen, wenn man sich auf seine eigenen Kräfte besann. Es war daher nur folgerichtig, dass die seit Kriegsbeginn durch die verlogenen Losungen von der „Vaterlandsverteidigung“ und vom „Burgfrieden“ desorientierten österreichischen ArbeiterInnen in Bewegung

kamen und im Gefolge der nun einsetzenden großen Streikaktionen ihr Selbstbewusstsein zurückgewannen. Die Parolen „Machen wir es so wie in Russland!“ und „Wir müssen mit unseren Herrschenden auch ‚russisch reden!‘“ wurden unter ihnen populär.

Die Bourgeoisie in der Defensive

Lehrreich ist, wie die herrschenden Schichten in Österreich auf die Zusammenballung der Widersprüche zu einer revolutionären Krise reagierten. Bis dahin hatte sich das Proletariat gegenüber der Bourgeoisie in einer äußerst ungünstigen Lage befunden. Das Kapital übte auf der ganzen Welt die Macht aus, in seinen Händen befanden sich die durch jahrhundertelange Traditionen geheiligten Instrumente zur Durchsetzung und Behauptung der Herrschaft. Das Proletariat hingegen war nicht nur eine ökonomisch ausgebeutete, sondern auch eine erniedrigte, materiell und geistig benachteiligte Klasse gewesen. Damit war es schon mit der russischen Februarrevolution des Jahres 1917 vorbei. Jetzt begann sich das Kräfteverhältnis zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Hauptklassen zugunsten des Proletariats zu verändern. Es ging zum Angriff über und drängte die Bourgeoisie in die Defensive.

Die kaiserliche Regierung sah sich somit im Frühjahr 1917 gezwungen, zu lavieren, die Linie des „harten“ Kriegsabsolutismus zu verlassen, einen flexibleren Kurs einzuschlagen und den Massen eine Reihe von Zugeständnissen zu machen. Das österreichische Parlament wurde nach dreijähriger Zwangspause wieder einberufen und eine Amnestie für politische Häftlinge verkündet. Man gestand den ArbeiterInnen in den militarisierten Betrieben der Rüstungs- und Schwerindustrie die Bildung von „Beschwerdekommissionen“ zu, gewährte Lohnerhöhungen und soziale Verbesserungen. Dazu zählten der Mieterschutz, das Verbot der Nachtarbeit im Bäckergewerbe, die Erhöhung der Krankengelder und Unterhaltsbeiträge u.a.m. In einzelnen Betrieben gründeten die ArbeiterInnen im Frühjahr 1917 spontan „Fabrikausschüsse“ mit dem Ziel, eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel

zu erreichen. Das war der erste Versuch, nach dem Vorbild der russischen Sowjets den Rätegedanken – so wie ihn die ArbeiterInnen mangels genauer Information damals verstanden – auf österreichische Verhältnisse zu übertragen, auf einem Teilgebiet, dem der Lebens-

Die Revolution der Bolschewiki hatte in Österreich die Sympathie der Werktätigen, weil sie die Losung „Frieden“ auf ihren Fahnen trug, die in der damaligen Situation die weitaus stärkste Triebkraft für jede Massenbewegung war. Gleichzeitig spornte sie innerhalb der

klassenbewussten ArbeiterInnenenschaft den revolutionären, sozialistischen Kampfgeist enorm an. Das äußerte sich bereits auf der großen Friedenskundgebung der österreichischen Sozialdemokratie, die am 11. November 1917 im Wiener Konzerthaus und auf dem benachbarten Platz des Eislaufvereins stattfand. Die ArbeiterInnen zogen mit Transparenten zum Konzerthaus mit Aufschriften wie: „Gebt uns den Frieden wieder, sonst legen wir die Arbeit nieder“, „Wir wollen Frieden und Brot“, „Nieder mit den Kriegshetzern“ und „Wir wollen den sozialistischen Verständigungsfrieden“. Die Versammlung selbst lief in erregter Atmosphäre ab. So oft die sozialdemokratischen Redner das Wort „russische Revolution“ auch nur in den Mund nahmen, ertönten brausende Hochrufe, und sie wurden mit Beifall und Rufen wie „Revolution!“, „Wir kommen wieder!“ und „Generalstreik!“ überschüttet. Nach Schluss der Kundgebung zogen Gruppen von ArbeiterInnen durch die Innere Stadt und riefen „Nieder mit dem Krieg!“, „Nieder mit dem Militarismus!“ „Heraus mit dem demokratischen Frieden!“ und „Hoch die russische Revolution!“



„Genosse Lenin säubert die Welt von Unrat.“ Plakat von Viktor Deni und Michail Tscherebnich (1920).

mittelversorgung, die unfähigen und durch Korruption schon zersetzten staatlichen Organe durch Organe der ArbeiterInnen zu ersetzen.

„Heraus mit dem Frieden!“

Am größten war jedoch die Wirkung der dritten russischen Revolution, der sozialistischen Oktoberrevolution. Denn sie zeigte, dass es der Arbeiterklasse möglich war, die Macht zu erobern. Sie erst hat den von den Volksmassen in allen kriegführenden Ländern so heißersehnten Friedensschluss in den Bereich des Realisierbaren gerückt. Und sie hat schließlich demonstriert, dass die Arbeiter- und Soldatenräte nicht nur Kampforgane zur Erringung vermehrter Mitspracherechte sein können, sondern auch Machtorgane, Träger einer proletarischen Staatsmacht.

Jännerstreik

Die Begeisterung der österreichischen ArbeiterInnen über den Sieg ihrer russischen Klassengenossen, ihr wiedergewonnenes Selbstbewusstsein, ihre Mobilisierung und Aktivierung brachte neben den vorhandenen Widersprüchen ein neues gegensätzliches Moment aufs Tapet. Weil die sozialdemokratische Parteiführung auch nach der russischen Oktoberrevolution der kaiserlichen Regierung ihre Unterstützung lieh und damit außerstande war, die Hoffnung der ArbeiterInnen nach Ingangsetzung kraftvoller Antikriegsaktionen einzulösen, kam es zwischen ihr und den nun in Aufbruchsstimmung befindlichen ArbeiterInnenmassen zur Kollision. Die innere

Krise in Österreich verschärfte sich rapide und ging Ende Dezember 1917 unter dem Eindruck der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk in eine akut revolutionäre Situation über. Da sich die Verhandlungen von Brest, die in der „Arbeiter-Zeitung“ im Wortlaut nachzulesen waren und die von den österreichischen ArbeiterInnen mit höchster Spannung verfolgt wurden, durch die erpresserischen annexionistischen Aspirationen Deutschlands noch dazu unerwartet in die Länge zogen, stieg in Österreich die Unruhe von Tag zu Tag.

Am 14. Jänner 1918 kam es zur Explosion. In Wiener Neustadt legte die Belegschaft der Daimler-Motoren-Werke die Arbeit nieder. Binnen weniger Tage weitete sich der Streik auf ganz Österreich aus. Am Höhepunkt der Bewegung, am 19. Jänner, befanden sich in der Habsburgermonarchie 750.000 ArbeiterInnen im Ausstand (in Österreich einschließlich Krakau, Brünn, Mährisch-Ostrau und Triest 550.000, in Budapest und anderen ungarischen Städten 200.000). Der Jännerstreik war nicht nur die bedeutendste revolutionäre Streikaktion in der gesamten Geschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, nicht nur ein durch und durch politischer Streik, ein Streik für den Frieden, sondern darüber hinaus der Höhepunkt der sozialen und politischen Konfrontation zwischen den herrschenden Klassen und den Volksmassen in Österreich. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war er neben der russischen Revolution die größte Erhebung der ArbeiterInnenschaft in ganz Europa.

Überall bildeten sich nach russischem Vorbild Arbeiterräte zur Führung des Ausstandes. Im Jänner 1918 waren die objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung herangereift, der kaiserliche Herrschaftsapparat, ja das gesamte Gesellschaftssystem standen am Rande des Abgrundes. In einem von Kaiser Karl an Außenminister Graf Czernin am 17. Jänner nach Brest-Litowsk gesandten Telegramm hieß es: „Ich muss nochmals eindringlichst versichern, dass das ganze Schicksal der Monarchie und der Dynastie von dem möglichst baldigen Friedenschluss in Brest-Litowsk abhängt [...]. Kommt der Friede nicht zustande, so ist hier die Revolution, auch wenn noch so viel zu essen ist. Dies ist eine ernste Warnung in ernster Zeit.“ Nur aufgrund der intensiven Bemühungen der sozialdemokratischen Parteispitze, gegen deren Willen der Ausstand ausgebrochen war und die den Kampf um die Staatsmacht nicht zu führen ge-



Festgenommene Matrosen nach dem Aufstand in Cattaro.

willt war, gelang es entgegen heftigen Protesten der Arbeiter, die grandiose Streikbewegung beizulegen und sie auf papierene Kompromissergebnisse zu begrenzen. Diese ernüchternde Erfahrung war für die revolutionären Kräfte der entscheidende Anstoß, mit dem Reformismus zu brechen und eine neue, eine kommunistische Partei zu gründen, die am 3. November 1918 ins Leben trat.

Auch in den Streitkräften Österreich-Ungarns fand die Oktoberrevolution tiefen Widerhall. Die Soldaten an der Ostfront weigerten sich weiterzukämpfen und verbrüdeten sich mit ihren russischen Kameraden. Österreichische Kriegsgefangene in Russland erklärten sich bereit, die Sowjetmacht in ihrem Kampf gegen die innere und äußere Konterrevolution zu unterstützen und wurden Kommunisten. Zu ihnen zählten Persönlichkeiten wie Johann Koplemig, Gottlieb Fiala, Karl Tomann, Heinrich Brodnig, Gilbert Melcher, Gregor Kersche, Josef und Anna Grün, die nach ihrer Rückkehr nach Österreich in der KPÖ an führender Stelle tätig waren. Im Februar 1918 kam es zum Aufstand der Matrosen von Cattaro, deren Ziele von den Prinzipien der Oktoberrevolution (demokratischer Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, Erklärung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bis zum Recht auf Bildung eigener, unabhängiger Staaten) stark beeinflusst waren. Im Mai 1918 meuterten in mehreren Garnisonen Österreich-Ungarns Ersatztruppenkörper der kaiserlichen Armee, deren Träger, fast durchwegs aus Russland heimgekehrte Kriegsgefangene und

– wie es in einer Kundmachung des Generalobersten Rhemen hieß – „von den bolschewikischen Ideen so besessen, dass sie den seiner Majestät geleisteten Treueid schmählich vergaßen“, standrechtlich erschossen wurden.

Revolutionäre Nachkriegskrise

Wenn man von den Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Österreich spricht, so wäre es primitiv und falsch, sich darunter einen „Export der Revolution“ in Form von „Zersetzungsarbeit“ irgendwelcher AgitatorInnen vorzustellen. Der revolutionäre Aufschwung in Österreich in den Jahren 1917 und 1918 war das Ergebnis der Zuspitzung aller Widersprüche im Inneren unseres Landes, die unabhängig vom Wunsch oder Willen einzelner Personen, Parteien oder Klassen erfolgte. Die Wirkung der sozialistischen Oktoberrevolution bestand darin, dass sie die bereits vorhandene Krise in Österreich verstärkte und den Kampf der ArbeiterInnen auf eine neue, qualitativ höhere Stufe hob. Der Einfluss blieb daher nicht auf die Tage und Wochen nach dem 7. November 1917 beschränkt, sondern erstreckte sich über einen längeren Zeitraum, im Grunde genommen und unmittelbar ablesbar bis zum Ende der revolutionären Nachkriegskrise in Österreich im Herbst 1920. Ohne das russische Revolutionsbeispiel und die ebenso vom sozialrevolutionären Impetus getragenen Räterepubliken in Ungarn und München des Frühjahrs 1919, die wie Damoklesschwerter über den besitzenden Klassen schwebten und sie zu Zugeständnissen zwangen, wären

die wesentlichen politischen und sozialen Errungenschaften der Umwälzung in Österreich (Ausrufung der Republik, Erweiterung der demokratischen Rechte für die Volksmassen, starke Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte, Achtstundentag, Arbeitslosenunterstützung, Arbeiterurlaubsgesetz, Betriebsrätegesetz, Gründung der Arbeiterkammern) in dem Umfang und der Tiefe nicht möglich gewesen.

Wenn wir uns heute eingestehen müssen, dass der erste Anlauf einer sozialistischen Umwälzung letztlich scheiterte, dann heißt das nicht, dass er der letzte war. Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus dauerte Jahrhunderte und benötigte mehrere revolutionäre Anläufe. Alles spricht dafür, dass es sich beim Übergang zum Sozialismus genauso verhält, und nichts spricht dagegen, warum es ausgerechnet hier ein „einmal und nie wieder“ geben soll. Die Perpetuierung des jetzigen Zustands wird früher oder später die Suche nach einem grundsätzlichen Systemwechsel wieder auf die Tagesordnung setzen, wobei klar ist, dass sich die Methoden, Strukturen und Abfolgen revolutionärer Veränderungen künftig im Vergleich zu früher beträchtlich unterscheiden werden. Der 7. November 1917 in Russland als Ergebnis einer konkreten historischen Situation und politischen Konstellation ist in der Art, wie er über die Bühne ging, nicht wiederholbar. Sein Inhalt wird aber weiterhin historischen Bestand haben, weil ohne einen politischen Machtwechsel, ohne die Überführung der Schlüsselpositionen der Wirtschaft aus dem privatkapitalistischen Besitz in das Eigentum der Produzenten an eine echte antikapitalistische Alternative, eine Überwindung der Klassenteilung nicht zu denken ist.

Die Oktoberrevolution war der erste und bisher bedeutendste Anstoß für eine antikapitalistische und sozialistische Alternative. Eine Würdigung ihrer epochalen Bedeutung muss die Kritik ihrer Mängel, Unterlassungen und Deformationserscheinungen einschließen, sie muss aber auch ihren gewaltigen Schatz an Erfahrungen und positiven Errungenschaften für ein künftiges Ringen um eine sozialistische Perspektive auswerten. Nur durch deren Aneignung und Einfließen in das Traditionsverständnis wird es heute und in Zukunft linken, emanzipatorischen, fortschrittsbewussten Kräften möglich sein, das fortzuführen, wofür vor hundert Jahren der Grundstein gelegt wurde.



Alfred Klahr Gesellschaft

**BILDUNGSVEREIN DER
KPÖ STEIERMARK**



Symposium

100 Jahre Oktoberrevolution Signal für eine bessere Zukunft

Samstag, 21. Oktober 2017, 14.00–19.00

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Wie auch die französische Revolution des Jahres 1789 läutete die Oktoberrevolution eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte ein. Der 100. Jahrestag der russischen Revolution des Jahres 1917 gibt Anlass zu Reflexion und Rückschau, aber auch zu perspektivischer Betrachtung eines Auswegs aus den Ungerechtigkeiten des unbezwingbar scheinenden Kapitalismus.



14.00 Begrüßung durch Dr. **Walther Leeb** (*Alfred Klahr Gesellschaft*) und **Elke Kahr** (Stadträtin, KPÖ Graz)

14.15 **Daniela Katzensteiner** (Historikerin, Graz): »*Grundsteinlegung*« – Voraussetzungen, Verlauf und Folgen des Roten Oktober

14.45 Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (*Alfred Klahr Gesellschaft*, Wien): »*Mit den Herrschenden russisch reden*«. *Die Oktoberrevolution und Österreich*

15.15 Ass.-Prof. Mag. Dr. **Christian Promitzer** (Universität Graz): *Sibirien im Oktober 1917: Aus den Tagebuchaufzeichnungen eines k.u.k. Einjährig-Freiwilligen in russischer Kriegsgefangenschaft*

15.45–16.15 Kaffeepause

16.15 **Andreas Wehr** (Autor, Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums Berlin): *Die Lehren der Oktoberrevolution – Reform und Revolution heute*

17.00 Podiumsdiskussion »**Wege zur Befreiung – Wie ein Ausbruch aus dem kapitalistischen Hier und Heute gelingen kann**«
TeilnehmerInnen: **Robert Krotzer** (Stadtrat, KPÖ Graz), **Sarah Pansy** (Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen, Sprecherin der „Jungen Grünen“), **Franz Stephan Parteder** (ehemaliger Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark), **Heinz R. Unger** (Autor)
Moderation: Elke Heinrichs (Gemeinderätin, KPÖ Graz)

20.00 **Proletenpassion 2015ff.**

Musiktheater von Heinz R. Unger und den „Schmetterlingen“
Neuinszeniert von **Werk X** und **Christine Eder**

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz
Eintritt: Vorverkauf 12 Euro, AK 15 Euro, ermäßigt 8 Euro
Tickets im ZentralKartenBüro und im Volkshaus



Österreichische Kommunisten und Internationalisten im Kampf für die Sowjetmacht

ARNOLD REISBERG

Der folgende Beitrag ist ein Auszug aus einem unveröffentlichten Manuskript von Arnold Reisberg (1904–1980) über den Beitrag österreichischer Kriegsgefangener zum Sieg der Oktoberrevolution, den der in der DDR wirkende österreichische Historiker gestützt auf sowjetische Editionen und Publikationen ausgearbeitet hat. Das Manuskript befindet sich im Zentralen Parteiarchiv der KPÖ.



Zu den schönsten Zeugnissen des proletarischen Internationalismus zählt die Teilnahme ausländischer Kriegsgefangener und Zivilinternierter bei der Errichtung und Behauptung der Sowjetmacht in Russland. Unter ihnen spielten Österreicher keine geringe Rolle. Ihre Bedeutung geht schon daraus hervor, dass die Zahl der Kriegsgefangenen aus Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg auf 1,7 bis 2,1 Millionen geschätzt wird, wovon 400.000 bis 450.000 deutschsprachig waren. Sie bildeten naturgemäß eine gewaltige Reserve sowohl für die Revolution als auch für die Konterrevolution. Entscheidend dafür war die Tätigkeit derjenigen, die in der Kriegsgefangenschaft Kommunisten wurden. Unter den Kriegsgefangenen befanden sich auch nicht wenige österreichische Sozialdemokraten, von denen ein Teil unter dem Eindrucke der verräterischen Politik der Führer ihrer Partei und der II. Internationale der bolschewistischen Propaganda zugänglich wurden. So entstanden noch vor dem Sturz des Zarismus in einigen Kriegsgefangenenlagern geheime revolutionäre Gruppen, deren Zahl und Umfang nach der Februarrevolution 1917 anwuchs. Die Kerenski-Regierung, die den imperialistischen Krieg fortsetzte, behandelte jedoch die Kriegsgefangenen nach wie vor als „feindliche Ausländer“, was deren Sympathien für die Bolschewiki stärkte. Diese verlangten im Gegensatz zu den anderen Parteien die verstärkte Fürsorge und Freiheiten für die Kriegsgefangenen. Viele Kriegsgefangene konnten an den

1.-Mai-Demonstrationen der Bolschewiki teilnehmen, wie zum Beispiel der junge Kärntner Johann Koplenig. Für den späteren Vorsitzenden der KPÖ wurde dies zu einem unvergesslichen Erlebnis.

Eine der ersten bekannt gewordenen illegalen internationalistischen Kriegsgefangenenengruppen war der in der ersten Hälfte des Jahres 1916 im Tomsker Lager vom Ungar Ferenc Münnich und dem ehemaligen Funktionär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs Max Jung organisierte Zirkel. Dort wurde handschriftlich eine Zeitung herausgegeben und unter den Kriegsgefangenen verbreitet. Jung wurde später Leitungsmitglied der am 10. Februar 1918 in Tomsk gegründeten internationalen sozialdemokratischen Parteiorganisation der Kriegsgefangenen.

Die Sowjetmacht gab den Kriegsgefangenen freie Bahn. Die Sowjetregierung und die Kommunistische Partei gingen nun im breiten Maßstab an die Organisation der internationalistischen Kriegsgefangenen. Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse entstanden Organisationen in vielen Städten Russlands; sie vertraten die materiellen Interessen der Kriegsgefangenen und nahmen auch an den bewaffneten Kämpfen auf der Seite der Bolschewiki teil.

Im Gefangenenlager bei Kostroma wurde eine internationale Abteilung der Roten Garde gebildet, die aus Ungarn, Tschechen, Österreichern und Deutschen bestand. Sie half den Arbeitern von Kostroma, die Truppengarnison der Stadt zu entwaffnen und übernahm die Bewachung des Bahnhofes und verschiedener Lager. In Omsk beteiligten sich österreichische revolutionäre Kriegsgefangene an der Unterdrückung des weißgardistischen Aufstands im November 1917. In Moskau nahm der österreichische Soldat Alfred Hollik mit einer Abteilung von 36 Rotgardisten aus Klin, unter ihnen acht internationalistische Kriegsgefangene, teil. Teilnehmer der Straßenkämpfe in Moskau waren auch österreichische Kriegsgefangene, die im Werk Gushon arbeiteten. Auf ihre Initiative veröffentlichte das bolschewistische Organ *Derewenskaja Prawda* am 22. November 1917 einen Aufruf an die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns mit der Aufforderung, Arbeiter-,

Soldaten- und Bauernräte zu bilden. Dieser Aufruf wurde auch von anderen Zeitungen nachgedruckt.

Zu den ersten Organisationen der österreichischen Kriegsgefangenen gehörte jene in Rostow am Don, die unter der Leitung des Österreichers Gilbert Melcher stand. Im Dezember 1917 nahmen ihre Mitglieder an der Verteidigung von Rostow gegen die Weißkosaken teil. Nach dem Fall der Stadt geriet Melcher mit anderen in die Hände der Konterrevolutionäre. Von aufständischen Arbeitern aus dem Gefängnis befreit, arbeitete er im Februar 1918 im Stab der Roten Garde mit, die in Rostow zusammen mit der revolutionären Armee von neuem die Sowjetmacht errichtete.

Österreicher in den Kriegsgefangenenorganisationen

An der Organisation der deutschsprachigen Kriegsgefangenen hatten Österreicher einen herausragenden Anteil. Am 29. Dezember 1917 fand in Petrograd im Zirkus „Modern“ ein Meeting der Kriegsgefangenen Österreicher, Polen, Tschechen usw. gemeinsam mit Petrograder Arbeitern, Soldaten und Matrosen statt. Alle Redner unterstrichen die Notwendigkeit, revolutionäre sozialdemokratische Organisationen der Kriegsgefangenen zu gründen. Das Bestehen dieser Organisation wurde am 5. Jänner 1918 in der Zeitung *Völkerfriede* angekündigt, die von der Internationalen Abteilung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets herausgegeben wurde. Auf einem zweiten Meeting in Petrograd wurde am 17. Februar (2. März) als leitendes Organ der Organisation das *Sozialdemokratische Revolutionäre Zentrum* gewählt, in dessen Bestand neben Deutschen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Rumänen und Polen auch Österreicher eingingen.

Auf einem Massenmeeting in Petrograd wurde am 19. Februar 1918 eine Resolution beschlossen, in der es u.a. hieß: „Wir gefangenen Soldaten Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei begrüßen die Arbeiter- und Bauernregierung des freien Russland. [...] Wir rufen unsere Brüder, die Soldaten Deutschlands, Österreichs und Ungarns auf, das Joch der Generale und Offiziere Wilhelms und Karls und aller treuen Diener des Kapitalismus abzu-

schütteln. Wir rufen zum Kampf für die Befreiung des Proletariats. Es lebe die internationale Revolution. Es lebe der Sozialismus!“

In Moskau hatte ein ähnliches Meeting bereits am 16. Dezember 1917 im Kolonnensaal des Gewerkschaftshauses stattgefunden. Das dort gewählte Gründungskomitee organisierte am 30. Dezember im Hotel „Dresden“ eine Delegiertenversammlung internationalistischer Kriegsgefangener mit rund 200 Teilnehmern unter dem Vorsitz des Österreicher Arthur Ebenholz. Hier wurde die Gründung des einheitlichen *Verbands kriegsgefangener Sozialdemokraten – Internationalisten des Moskauer Militärkreises* beschlossen, in dessen Leitung Ebenholz gewählt wurde. Er war auch Vorsitzender des internationalen Meetings der Kriegsgefangenen in der Aleksejewer Militärschule in Moskau am 7. Jänner 1918 mit etwa 3.000 Teilnehmern, die einen Aufruf an die „Brüder an der Front“ annahmen. Auch beim Meeting der Kriegsgefangenen in Twer am 14. Jänner 1918 war Ebenholz anwesend.

Gilbert Melcher führte im Frühjahr 1918 die Gründung des *Bundes der ausländischen Arbeiter und Bauern in Zarizyn* (heute Wolgograd) an, war Mitglied des Sowjets in Orjol und hatte Funktionen in den leitenden Organen der Kriegsgefangenenorganisation. Im Oktober 1918 scheint er im Verzeichnis der Agitatoren der deutschen Gruppe auf, später wurde er Vertreter beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine und dann Kommandant des ersten ausländischen kommunistischen Bataillons.

In Barnaul war der Österreicher Großfelder Vorsitzender der Kriegsgefangenenorganisation. Ein Österreicher als Vorsitzende einer solchen Organisation war in Tula Franz Weller (Gregor Kersche), Mitglied der bolschewistischen Partei seit Ende 1917. Er war einer der Organisatoren des großen Streiks der in der Rüstungsindustrie Tulas arbeitenden Kriegsgefangenen während der Regierungsperiode Kerenskis. Später war er Mitglied des Gouvernementskomitees der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) und Deputierter des Stadtsowjets von Tula. In Nischni Nowgorod war Johann Kopenig, der im März 1918 Kommunist wurde, Vorsitzender der Kriegsgefangenen. In Werchnjaja Tura Josef Grün, in Omsk Karl Tomann und Ferdinand Effenberger. Letzterer wurde Mitglied der KPR(b), kehrte im Dezember 1918 in die Heimat zurück und nahm im Mai 1919 am Ungarischen Rätekon-

gress teil. Nach 1945 lebte er in der DDR.

In Taschkent, wo das Kriegsgefangenenkomitee im Jänner 1918 gegründet wurde, wirkte Josef Zwilling. In Simbirsk (heute Uljanowsk) war der Österreicher Leopold Forst Vorsitzender des Komitees der internationalistischen Kriegsgefangenen. Hervorragende Arbeit leisteten die Österreicher Heinrich Brodnig in Mittellusland, Gottlieb Fiala im Kaukasus, in der Ukraine und in Moskau sowie Siegmund Glaß im Wolgagebiet. Glaß war Leitungsmitglied der in Samara im Kriegsgefangenenlager gegründeten kommunistischen Parteizelle. Im Ural und in Moskau war mit Anna Grün die einzige weibliche „Kriegsgefangene“ aus Österreich in Russland. Zu den aktiven österreichischen Agitatoren gehörten ferner Fritz Klocher aus Kärnten und Gottlieb Stava aus Niederösterreich. In Krasnojarsk, wo die Organisation am 19. März 1918 gegründet wurde, spielte der Österreicher Fichter eine aktive Rolle. Er führte den Vorsitz bei der Irkutsker Konferenz vom 15. bis 25. April 1918. Im Oktober 1918 wurde er von den aufständischen Weißgardisten gefangen genommen und erschossen.

Mit der Waffe in der Hand

Eine Bewährungsprobe bestanden die Kriegsgefangenen Internationalisten, als am 21. Februar 1918 der Rat der Volkskommissare angesichts des wortbrüchigen Vormarsches der deutschen Truppen den Aufruf „Das sozialistische Vaterland in Gefahr!“ herausgab. Wie die Internationalisten anderer Nationalitäten, so traten auch Österreicher in die Reihen der neugebildeten Roten Armee ein. Noch am selben Tage beschloss das Moskauer Komitee der Internationalisten, mit der Werbearbeit zu beginnen, was der Österreicher Ebenholz am nächsten Tag dem Moskauer Sowjet mitteilte. Bereits am 26. Februar ging eine zur Hälfte aus Österreichern und Ungarn, zur anderen aus Deutschen bestehende Abteilung an die Front, wo sie an den Kämpfen bei Gomel und Tschernigow teilnahm. In der Ukraine, wo auch Truppen der Habsburger-Monarchie an der Intervention beteiligt waren, bildete sich am 19. Februar 1918 in Kiew ein Stab der internationalistischen revolutionären Truppen, der militärische Abteilungen aus Arbeitern und Bauern Deutschlands und Österreich-Ungarns zur Unterstützung der Sowjetmacht organisierte. Zu den Ruhmestaten der österreichischen Kriegsgefangenen gehört ihre Teilnahme an den zahlreichen Fronten des von

Weißgardisten und ausländischen Imperialisten angezettelten Interventions- und Bürgerkriegs. Im April 1919 beteiligten sich die Internationalisten an der Zerschlagung der Koltschak-Banden.

Österreicher nahmen im Mai und Juni 1918 an der Verteidigung der Städte Pensa und Samara und später an ihrer Befreiung teil. Österreichische und deutsche Internationalisten kämpften in den Abteilungen der Roten Garde in Krasnojarsk, Irkutsk, Tomsk und Chabarowsk. Viele Österreicher kämpften bei vorübergehenden Rückzügen in Partisanengruppen weiter. Im Irkutsker Gouvernement war der Österreicher Götz Stabschef einer Partisanengruppe. Legendar wurde bei den Kämpfen um Irkutsk der Panzerzug, dessen Kommandant der Österreicher Lichtenauer war, der zusammen mit 130 anderen Internationalisten von den Semjonow-Banden in Blagoweschtschensk ermordet wurde. Den Heldentaten dieser Abteilung wurde im 1936 in Moskau erschienenen Roman „Panzerzug Lichtenauer“ von Rudolf Rabitsch ein Denkmal gesetzt. Österreichische Kriegsgefangene nahmen aktiven Anteil am Kampf um die Sowjetmacht auch im Fernen Osten. Nach der Besetzung des Fernen Ostens durch die Interventen kämpften Österreicher als Partisanen weiter. Besonders zeichnete sich der ehemalige österreichische Offizier Manfred Stern aus. Er war Kommandeur einer Partisanenabteilung und Chef einer Abteilung der revolutionären Armee.

Zusammenfassung der Kommunisten

Nach Abschluss des Brester Friedens konnte an die Zentralisation der zersplitterten Kriegsgefangenenorganisationen gedacht werden. Ein erster Schritt dazu war am 14. März 1918 eine zentrale Konferenz von 30 Vertretern der revolutionären internationalistischen Kriegsgefangenen in Moskau, an der auch Ebenholz teilnahm. Sie beschloss einen Gesamtrussischen Kongress der Kriegsgefangenen und Emigranten einzuberufen. Die Teilnehmer der Konferenz wurden von Lenin und Swerdlow empfangen. Der Gesamtrussische Kongress tagte vom 15. bis 18. April in Moskau, nachdem am 14. April ein großes Meeting im Moskauer Polytechnischen Museum und auf der anliegenden Straße stattgefunden hatte. Der Kongress wurde von Ebenholz eröffnet, der im Namen des *Bundes der Kriegsgefangenen – Internationalisten* sprach. Der Kongress beschloss die Gründung der einheitlichen „Organisa-

tion der ausländischen revolutionären internationalistischen Arbeiter und Bauern“, die sich auf den Boden des Programms der III. Internationale stellte. Sie gliederte sich in nationale, nach der Sprachzugehörigkeit gebildete Sektionen. Auf Vorschlag von Josef Grün wurde ein Zentralexekutivkomitee als leitendes Organ gewählt, in dem die Österreicher durch Karl Tomann vertreten waren. Wenig später wurde der offizielle Name *Internationale revolutionäre sozialistische Organisation ausländischer Arbeiter und Bauern* angenommen.

1918 bildeten sich ausländische Gruppen in der KPR(b). So wurde am 24. April 1918 in Moskau im Hotel „Dresden“ die *Deutsche Kommunistische Gruppe der KPR(b)* gegründet, der auch Österreicher und alle deutschsprachigen Kommunisten ohne Unterschied der Nationalität und Staatsbürgerschaft angehörten. Im Mai 1918 schlossen sich auf Beschluss des ZK der KPR(b) die deutsche Gruppe und die bestehende ungarische, rumänische, jugoslawische und tschechoslowakische Gruppe zur *Föderation ausländischer Gruppen der KPR(b)* zusammen. Vorsitzender der Zentralen Föderation war der ungarische Kommunist Béla Kun, Vorsitzender der deutschen Gruppe der Österreicher Karl Tomann.

Die Gruppe gab 1918 18 Broschüren mit einer Auflage von 510.000 Exemplaren heraus und weitere 100.000 Exemplare mit Aufrufen an die deutschen und österreichischen Soldaten. Das Zentralorgan der Deutschen wurde die in Moskau seit dem 6. April 1918 als Organ des *Revolutionären Komitees der kriegsgefangenen Sozialdemokraten – Internationalisten* erscheinende Zeitschrift *Die Weltrevolution*. Sie existierte bis Dezember 1918. Zu ihren Redakteuren zählte auch Karl Tomann. Der Kärntner Heinrich Brodnig leitete die Druckerei. Ihre Auflage wuchs allmählich von 7.000 auf 38.000 Exemplare an. Darüber hinaus gab die Föderation mehr als ein Dutzend örtlicher Zeitungen in deutscher Sprache heraus, u.a. die von Josef Grün von Juni bis Oktober 1918 redigierte Zeitung *Die Dritte Internationale* in Jekaterinenburg.

Zurück in die Heimat

Wesentliche Veränderungen in der Arbeit der Föderation brachten die Novemberrevolutionen in Deutschland und Österreich. Auf die Nachricht vom Ausbruch der Revolution beschlossen die deutschen, tschechischen und ungarischen Gruppen am 4. November 1918,



Mitgliedsbuch von Johann Koplenig in der Kommunistischen Partei Russlands

Sowjets zu bilden. Am 5. November wurde der österreichisch-ungarische Arbeiter- und Bauernrat gebildet. Der Rat wurde von der Sowjetregierung als revolutionäre Vertretung der Interessen der Bürger der ehemaligen Monarchie in Sowjetrußland anerkannt. Er leitete die Repatriierung der Kriegsgefangenen, erwies ihnen materielle Hilfe und führte eine intensive politisch-ideologische Schulungsarbeit. Solche Räte entstanden gleichfalls in anderen Provinzorten, insgesamt zählte man Ende 1919 an die 25 Abteilungen der Filialen der ausländischen Räte. Sie waren parteilose Massenorganisationen, die sich einerseits der materiellen Nöte der Kriegsgefangenen annahmten, andererseits revolutionäre Agitation betrieben.

Am 9. November 1918 kamen Vertreter fast aller Lokalorganisationen der deutschen Gruppe der KPR(b) in Moskau zusammen und beschlossen, Parteiorganisations und Agitatoren nach Deutschland und Österreich sowie in die besetzten Gebiete zu entsenden. Daher wurden am 17. November telegrafisch alle Kommunisten nach Moskau berufen. Aus ihnen wurden diejenigen ausgewählt, die sofort in die Heimat geschickt wurden, während die anderen Parteiarbeit in der KPR(b) übernahmen, in die Rote Armee eintraten oder auf Agitatorenkurse entsendet wurden. Solche Kurse wurden unter der Leitung von Josef Grün eingerichtet. Später wurde daneben noch eine deutschsprachige Parteischule eröffnet. Unter den Agitatoren zeichnete sich der junge Schuhmachergeselle Johann Koplenig aus, der im März 1918 durch den Staatssekretär der Kommunistischen

Partei in Perm, Lasar Kaganowitsch, in die Reihen der Bolschewiki geworben worden war. Sein Name stand bald in der Liste der „notwendigsten Personen“, und er wurde daher im Herbst 1918 zur Parteiarbeit nach Perm kommandiert. Unter seiner Leitung leisteten die Internationalisten große politische Aufklärungsarbeit unter den Kriegsgefangenen.

Am 3. und 4. März 1919 trat in Moskau eine Gesamtrussische Konferenz ausländischer Kommunisten zusammen, auf der u.a. J. Grimm über die Lage in Österreich referierte. Die Konferenz beschloss die Liquidierung der *Föderation ausländischer kommunistischer Gruppen beim ZK der KPR(b)*, damit alle Kommunisten sofort in die Heimat zurückkehren. Aus diesem Grunde sollte auch die Bildung neuer internationaler Abteilungen der Roten Armee eingestellt werden. Das Präsidium der deutschen Gruppe stellte die Losung auf: „Alle in die Heimat zur Beschleunigung der sozialistischen Revolution in Deutschland und Österreich-Ungarn.“ Das Jahr 1920 brachte das endgültige Ende der Föderation, weil mit der Annahme eines neuen Parteistatuts alle ausländischen Kommunisten in die einheitlichen Parteiorganisationen integriert wurden. Deshalb stellte die Föderation im Februar 1920 ihre Tätigkeit ein.

Literaturtipp zum Stand der Forschung:

Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Gefangenschaft – Revolution – Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2003.

Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs (Teil 1)

Der November 1918 in Oberösterreich: Der Machtwechsel

PETER MÄRZ/SABINE FUCHS

Die mit diesem Beitrag startende Artikelserie „Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs“ beschäftigt sich mit den wesentlichen Merkmalen des Übergangs vom vormaligen „Kronland Österreich ob der Enns“ hin zum Bundesland Oberösterreich Ende des Jahres 1918 bis in die frühen 1920er Jahre. Dargestellt wird die Situation in Oberösterreich in ihrer Vielfalt und in ihren Besonderheiten. Wir beginnen mit einem Überblick über die politischen Grundbedingungen und die formalen Aspekte des Machtwechsels. Die nachfolgenden Artikel werden sich mit der wirtschaftlichen Situation im Land, mit den Protesten und Hungerunruhen, den verschiedenen Hilfsaktionen, der Gründung der KPÖ sowie der Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte beschäftigen.

Der unmittelbare Machtwechsel und der politische Umbruch insgesamt gingen in Oberösterreich im Verhältnis zur allgemeinen Lage ruhig vonstatten.¹ Die politischen Eliten vollzogen eine im Grunde genommene „reibunglose Gewaltübergabe“.² Ursächlich hängt dies mit den deutlichen personellen und auch ideologisch-politischen Kontinuitäten zusammen. Festzumachen ist das vor allem an der Person des langjährigen Landeshauptmanns und Geistlichen Johann Nepomuk Hauser, dessen politisches Verhandlungsgeschick einen formalpolitisch „glatten“ Übergang von der Monarchie zur Republik erlaubte. Diese nahezu bruchlose Machtübertragung stand allerdings in gravierendem Widerspruch zum Konfliktpotenzial innerhalb der Bevölkerung. Die wirtschaftliche und soziale Situation großer Teile der Gesellschaft war bei Kriegsende geradezu desaströs, da im Grunde von Beginn des Krieges weg die Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln problematisch war und die immer stärker werdende Inflation die vorhandenen Lebensmittel massiv verteuerte. Die Bedingungen und die Stimmungslagen widersprachen also einem derart geregelten Übergang, der in dieser Form nur vonstatten gehen konnte, da der Autoritätsverlust der alten Machtelite so weit fortgeschritten war, dass weder Politik noch Bevölkerung Interesse an einem Fortbestehen der Habsburgermonarchie hatten.

Im Juli 1914, zwei Tage vor der Kriegserklärung an Serbien, wurden alle Landtage ebenso wie der Reichsrat für geschlossen erklärt. Die letzten Landtagswahlen im „Kronland Erzherzogtum ob der Enns“ hatten 1909 stattgefunden.³ Die Legislaturperiode der Landtagsabgeordneten erlosch automatisch am 11. September 1915. Bis 1918 starben zudem sechs der im Jahr 1909 gewählten Männer, was bei einer Gesamtzahl von 69 Abgeordneten eine Vakanz von fast zehn Prozent der Mandate bedeutete.⁴ Gewählt worden war der Landtag nach dem Zensuswahlrecht, wobei eine allgemeine Wählerklasse in Oberösterreich erst für die Wahlen im Jahr 1909 eingeführt wurde – damit war „Österreich ob der Enns“ abgesehen von der Bukowina jenes Kronland, das am spätesten dem Beispiel der Reichsratswahlreform von 1896 folgte und eine allgemeine Wählerklasse für steuerzahlende Männer über 24 Jahren einführt. Allerdings gab es wie bei den Reichsratswahlen zahlreiche Einschränkungen des Wahlrechts: Es war an die längerfristige Sesshaftigkeit in einer Gemeinde gebunden. Dies war eine Bestimmung, die klar zu Lasten der Arbeiter und Arbeiterinnen ging, denn sie wechselten auf der Suche nach Arbeit häufiger den Wohnsitz als Bauern oder Kaufleute.⁵ Ebenso waren Personen vom Wahlrecht ausgeschlossen, die eine Armenversorgung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln in Anspruch nahmen, auch war die Wahlkreiseinteilung stark ungleichgewichtig und bevorzugte ebenfalls wohlhabende Regionen und Bezirke und somit auch Bevölkerungsgruppen.⁶

Kundgebung am 1. November

Bei Kriegsende herrschte auf allen Ebenen der landespolitischen Entscheidungsgremien ein erhebliches demokratiapolitisches Defizit. Allerdings gab es quer durch alle politischen Lager einen zumindest nach außen getragenen Minimalkonsens, dass sich dies nach dem Krieg sofort ändern sollte. Die Sozialdemokraten forderten mit großem Selbstbewusstsein die ihnen bis dato vorenthaltene politische Gleichstellung ein, während die Christlichsozialen zu Recht von einem Bedeutungszuwachs ihrer Partei nach allgemeinen, gleichen und

freien Wahlen ausgingen. Bei den verschiedenen großdeutschen und deutschnationalen Gruppierungen traten vor allem die zahlreichen Vertreter eines antiklerikalen Kurses für einen völligen politischen Neuanfang ein.

Für den 1. November 1918 hatten die drei großen politischen Gruppierungen des Landes die „Bürger und Bürgerinnen, Offiziere und Soldaten des freien Deutschösterreich“ zu einer öffentlichen Kundgebung für die Republik in Linz eingeladen. Mit Josef Dametz für die Sozialdemokraten und Franz Langoth für die Großdeutschen ergriffen bei der Kundgebung zwei hochrangige Vertreter ihrer Parteien das Wort und sprachen sich für die Republik aus.⁷ Zuvor hatte schon der bisherige kaiserliche Statthalter Erasmus von Handel in der „Präsidialerinnerung Nr. 95“ an die Departements-Vorstände der Statthalterei, die Vorstände der Bezirkshauptmannschaften, und den Leiter des Grenzkommisariats Passau ausdrücklich darauf verwiesen, dass es zwar einen Eid gegenüber dem Kaiser gebe, es aber keine Eid-Untreue sei, dem Staat Deutschösterreich zu dienen, man demzufolge also auf Grundlage der bestehenden Gesetze und Vorschriften im Rahmen der bisherigen Organisation den Dienstpflichten nachzukommen habe.⁸

Provisorische Landesversammlung

Einen Tag später, am 2. November, fand in Linz eine außerordentliche Sitzung des seit 1914 nicht mehr zusammengetretenen Landesausschusses statt. Um einen Ausgleich zwischen der mangelnden demokratischen Legitimation des Ausschusses und den tatsächlichen politischen Verhältnissen herzustellen, wurde mit dem Linzer Gemeinderat Josef Gruber auch ein Vertreter der Sozialdemokraten kooptiert.⁹

Der bisherige Landeshauptmann und Prälat Johann Nepomuk Hauser war durch den Staatsrat Deutschösterreichs damit beauftragt worden, die oberösterreichische Landesregierung provisorisch zu übernehmen. Die Geschäftsführung wurde ihm zu diesem Zweck durch den k.k. Statthalter Freiherr von Handel übergeben, zu seinen Stellvertretern wurden Josef Gruber, Franz Langoth und

Max Mayr ernannt.¹⁰ Hauser übernahm damit zu seinen bisherigen Aufgaben im Bereich der autonomen Landesverwaltung gemeinsam mit seinen Stellvertretern auch die des bisherigen kaiserlichen Statthalters, nämlich die politische Verwaltung.¹¹ Die Übergabe vollzog sich ohne Reibungen. Eine kurze, von Hauser und Hauser unterzeichnete Kundmachung über die Neuformierung erschien noch am selben Tag als Sonderausgabe der *Linzer Zeitung*. Gleichzeitig wurde auch eine neue Landesregierung ernannt, die aber nur ein 16 Tage dauerndes Provisorium darstellte.¹² Der „alte“ Landesausschuss schloss seine Tätigkeit formal in der Sitzung vom 9. November ab, der neue mit dem Sozialdemokraten Gruber als Mitglied nahm im direkten Anschluss seine Tätigkeit auf.

Der Umbau der politischen Verwaltung wurde am 3. November 1918 bei der durch Landeshauptmann Hauser einberufenen Versammlung von Vertretern der großen politischen Parteien fortgesetzt, in der die Einberufung und Zusammensetzung einer provisorischen Landesversammlung für den 18. November festgelegt wurde. Damit war Oberösterreich das letzte Bundesland, in dem der landesparlamentarische Betrieb wieder aufgenommen wurde. Als Grundlage der Zusammensetzung diente nicht der 1909 gewählte Landtag, sondern die Ergebnisse der Reichsratswahl von 1911, was eine stärkere demokratiepolitische Absicherung sowie eine legale Repräsentanz der Sozialdemokraten sicherstellte. Ein Parteienproporz von 8:3:2 wurde vereinbart, die Gesamtzahl der Abgeordneten wurde mit 101 festgelegt, wovon 63 auf die Christlichsozialen, 23 auf die Deutschfreiheitlichen einschließlich Bauernverein und 15 auf die Sozialdemokraten entfielen.¹³ Weiterer wichtiger Punkt der Besprechung war, dass alle ehemaligen Landtagsabgeordneten, die der provisorischen Landesversammlung angehören sollten, nicht mehr als Vertreter einer Kurie gemäß dem Zensuswahlrecht, sondern als gewesene Abgeordnete und Vertreter einer Partei angesehen werden sollten.¹⁴

Provisorischer Landesausschuss

In der Sitzung der Provisorischen Landesversammlung vom 18. November wurde Johann Nepomuk Hauser als Landeshauptmann bestätigt und seine drei Stellvertreter, der Christlichsoziale Max Mayr, der Sozialdemokrat Josef Gruber sowie der Deutschnationale Franz

Langoth gewählt. Hauser selbst übernahm keine Agenden, da er zugleich von Wien aus zahlreiche bundespolitische Aufgaben wahrnehmen musste. Folglich mussten die einzelnen Sachgebiete an die drei Stellvertreter vergeben werden. So übernahm Mayr die „Allgemeine Verwaltung“ sowie die Finanzen, Gruber das Gebiet „Ernährung

und Sachgüterverwaltung“, und Langoth die Felder „Sicherheitsdienst und Militär“. Alle drei erließen fast täglich formlose Kundmachungen an die Linzer Tagespresse. Gelegentlich, bei besonderen Anlässen gab es auch Aufrufe des Landeshauptmanns selbst, etwa jenen vom 5. November, in dem er die Beibehaltung der Bewirtschaftung von Lebensmitteln bekanntgab und bei den Bauern deren Lebensmittel-Abgabepflicht anmahnte. Die drei Stellvertreter hielten regelmäßige Sitzungen ab,¹⁵ bei überschneidenden Problemen in der ersten Zeit auch gemeinsame Sprechstage.¹⁶

Die Provisorische Landesversammlung wählte außerdem neun Mitglieder des Provisorischen Landesausschusses nach dem für die Provisorische Landesversammlung vereinbarten Parteienproporz. Der Landesausschuss bestand gemäß diesem Schlüssel aus acht Christlichsozialen, drei Vertretern der Deutschfreiheitlichen (plus Bauernverband) und zwei Sozialdemokraten. Die Provisorische Landesversammlung hielt insgesamt neun Sitzungen ab; die erste am 18. November 1918, die letzte am 24. Mai 1919. Wichtigster Punkt ihrer Beratungen war die neue Landtagswahlordnung, daneben kamen aber auch andere Agenden, insbesondere Sicherheits- und Ernährungsfragen zur Sprache.¹⁷

Der Übergang von der Monarchie zur Republik in Oberösterreich gelang also formal zwar ohne weitere Schwierigkeiten, die Entstehung eines für die herrschende Elite gefährlichen Machtvakuum konnte verhindert werden. Gleichzeitig führten die eingeleiteten Maßnahmen aber zum Aufbau einer politisch modifizierten, aber nicht wirklich erneuerten Verwaltungshierarchie.¹⁸ Der entscheidende Faktor war die sofortige und nie in Zweifel gezogene Einbeziehung



Linzer Hauptplatz am 1. November 1918 (Archiv der Stadt Linz)

der Sozialdemokratie auf allen politischen und Verwaltungsebenen noch vor den ersten Landtagswahlen im Mai 1919. Nur mit deren Rückhalt konnte es gelingen, die Bevölkerung angesichts der katastrophalen Versorgungslage zur Geduld zu bewegen. Die Vorbereitung einer Wahlordnung sowie die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung und der ersten demokratischen Landtagswahlen gerieten da zu einem Neben aspekt.

Anmerkungen:

1/ Haider, Siegfried: Geschichte Oberösterreichs. Wien 1987, S. 372

2/ Slapnicka, Harry: Von Hauser bis Eigruber. Eine Zeitgeschichte Oberösterreichs I (Vom Ende des ersten Weltkriegs bis zum Tode von Landeshauptmann Hauser im Jahre 1927). Linz 1974 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs, Bd. 1), S. 25.

3/ *Linzer Volksblatt*, 28.7.1914, S. 3.

4/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 32f.

5/ Ucakar, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik. Wien 1985, S. 278f.

6/ Adamovich, Ludwig: Der Weg zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Wien 2008, S. 34

7/ *Linzer Volksblatt*, 5.11.1918, S. 1.

8/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 27.

9/ *Linzer Volksblatt*, 3.11.1918, S. 2.

10/ Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), Landesausschuss, Allgemeine Reihe, Kt. 19, B II 5, 219–225, Bildung der provisorischen Landesregierung, Zl. 222 und Zl. 234.

11/ *Linzer Volksblatt*, 3.11.1918, S. 1.

12/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 27.

13/ *Linzer Volksblatt*, 6.11.1918, S. 2.

14/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 34

15/ OÖLA, Präs.-Akte, Kt. 198, Protokolle vom 8.2. bis 26.5.1919.

16/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 28.

17/ Ebd., S. 27–36.

18/ Ebd., S. 31.

Eine Kindheit im Wiener Neustädter „Kriegsspital“

ERICH SAMECK

Der nachfolgende Text ist ein Auszug aus einem Erinnerungsmanuskript von Erich Sameck, in dessen Mittelpunkt seine Kindheit im Wiener Neustädter „Kriegsspital“ steht. Nach 1945 war Erich Sameck Funktionär der Freien Österreichischen Jugend (FÖJ) in Wiener Neustadt und ab 1949 Redakteur – später Chefredakteur (bis 1985) – der „Wr. Neustädter Nachrichten“ (siehe dazu seine Erinnerungen in den „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“, Nr. 1/2016). Von 1964 bis 1986 war Sameck Gemeinderat, von 1967 bis 1970 auch Stadtrat in Wiener Neustadt. Er ist bis heute in der KPÖ aktiv.



1928 mit dem damaligen Makel eines ledigen Kindes geboren, ist das, was ich von der ersten Zeit weiß, mit ziemlicher Sicherheit ein Resultat aus zweiter und dritter Hand. Zu einem Fakt, für den ich schon im Vorschulalter Bestätigung erlangte und dessen Festhaltung mir notwendig erscheint, nur so viel: Mein Vater, Gustav Sameck, hat sich damals um meine Legitimierung keinesfalls gedrückt, er war einfach aufgrund des geltenden Konkordats – dem Vertrag zwischen dem Klerus und dem österreichischen Staat – nicht dazu in der Lage. Sobald es möglich war, 1935, hat er meine Mutter geheiratet. Damit wurde aus dem Erich Lisetz ein Erich Sameck.

Mein Lebensraum war damals das so genannte „Kriegsspital“. Es handelte sich dabei um ein Barackenviertel in der Pottendorfer Straße am Stadtrand von Wiener Neustadt; zwischen 1914 und 1918 als Lazarett für Schwer- und Schwerstverwundete errichtet, später zu Wohnräumen adaptiert, deren Zugang den Armen und Ärmsten eine Bleibe ermöglichte. Das Lazarett bestand ursprünglich aus 34 Objekten, darunter 15 Baracken für je 100 Mann, drei Infektionsbaracken für je 50 Mann, ein Verwaltungsgebäude mit den Wohnungen der Ärzte, Schwestern und Pflegerinnen, ein Aufnahmegebäude mit Bade- und Kleiderdesinfektionsräumen, ein Opera-

tionsobjekt, eine Werkstätte mit der Dampfwascherei, zwei Bauten für die Pflegemannschaft, eine Baracke für die Wache und die Bereitschaft, ein Bahnhofsobjekt (zur Pottendorfer Bahnlinie), eine Anlage für die Verbrennung des Verbandszeuges und die Leichenkammer. Erst 1920 wurde der Lazarettbetrieb geschlossen.

Zunächst, als aufgrund des Kriegsendes keine Verwundeten und Erkrankten mehr anfielen, wurden durch Umbauten 92 Notwohnungen eingerichtet. Bauträger war die Stadtgemeinde. Ab 1921 fasste die Daimler Motoren AG den verbliebenen Rest in ein Ausbaukonzept mit dem Ziel der Errichtung einer Arbeiterkolonie. Weitere 205 Kleinstwohnungen standen im Plan. Über den Daumen gepeilt wurden es dann etwa 175, weitere und zusätzlich versprochene fielen dem Niedergang der Porsche-Institution zum Opfer. Vorher war dem Einzug der Interessierten Tür und Tor geöffnet. Insgesamt gab es 280 Wohnungen, die durch Umwidmungen in Geschäftslokale, in ein Gasthaus und der damals so bezeichneten Kinderfreunde-Baracke reduziert wurden. Die Wirtschaftskrise der späten 1920er und 1930er Jahre machte aus dem „Kriegsspital“ ein Ghetto der Arbeitslosen und Ausgesteuerten. Letztere waren solche, die weder finanzielle Hilfe noch sonstige Unterstützung bekamen.

Arbeitslos und ausgesteuert

Mit meiner Geburt war ein Zusammenziehen meiner Eltern zur Selbstverständlichkeit geworden. Da es vorerst keine freie Zimmer/Küche-Wohnung gab, mussten sie eine Notlösung finden. Die rettenden Engel waren Heinrich und Hermine Listl. Sie, die Schwester meiner Mutter, mit einem dritten Kind schwanger, nahm uns zeitweilig in ihrer Zimmer/Küche/Kabinett-Wohnung auf. Das war im Rücktrakt der Baracke 14. Vom Hörensagen weiß ich, dass sich das doch einige Monate währende Zusammenleben völlig reibungslos gestaltete. Das Freiwerden einer Kleinstwohnung in der gegenüberliegenden 13er-Baracke beendet die auf Dauer nicht mögliche Beengtheit. Wir landeten damit in einem Trakt, wo auch meine Großeltern Unterkunft gefunden hatten. Mein Onkel Sepp, der damals noch nicht verheiratet war, lebte bei ihnen. Und um die Fami-

lienbande noch mehr zu festigen, wohnte dort in einem Nebenglass ein weiterer Bruder meiner Mutter mit seiner Familie. Anton Lisetz, Maler und Anstreicher, ein Mann, dem jeder, der seine bildnerischen Werke kannte, den Ehrentitel, ein Arbeiterkünstler zu sein, von Herzen gönnte.

Meine Eltern waren damals, Ende der 1920er Jahre, bereits arbeitslos und damit ohne solide Einkünfte. Mein Vater war gelernter Metalldreher, hatte aber auch in einem Wiener Lokal einer seiner Schwestern eine Lehre als Berufskellner absolviert. Den Ersten Weltkrieg war er zur Gänze eingezogen, hatte vier Verwundungen erlitten, darunter zwei schwerste, und die letzte brachte ihn dann in das Wiener Neustädter Kriegsspital. Bis zur Jahreswende 1919/20 war er dort Patient. Nach einer Ehe, die aber nicht allzu lange währte und der meine Halbschwester Gusti entspross, arbeitete er bis zur Weltwirtschaftskrise und den daraus folgenden Massenentlassungen in der hiesigen Lokomotivfabrik. Meine Mutter, die es in den Nachkriegsjahren nach Langenlois, in die Heimatgemeinde ihrer Eltern, verschlug, lernte er über Schwester und Brüder kennen. Aus ihnen wurde ein Paar, mit einem zunächst herausragenden Resultat – meiner Wenigkeit.

Es war ein Neuanfang. Schon zu Beginn meines bewussten Erinnerungsvermögens lebte ich mit dem intensiven Gefühl, meinen Eltern ungemein viel zu bedeuten. Meine Erziehung ging mit minimaler Strenge vonstatten. Hatte ich eines der relativ mäßigen Gebote übertreten, musste ich kaum mit solchen Tätlichkeiten rechnen, wie dies anderswo zur Tagesordnung zählte. Eindringliche Ordnungsrufe sollten mir das Sinnhafte des Vorgegebenen vor Augen führen. Mehrmalige Wiederholungen von Verstößen gegen die „Tabus“ wurden mit Einschränkungen des Freiheitsraumes geahndet. Niemals spielte das Reduzieren der Mahlzeiten eine Rolle. „Hausarrest“ oder die Übertragung von Tätigkeiten, zu denen ich sonst kaum herangezogen wurde, war in solchen Fällen die gebräuchliche Regel. Eine Tachtel, meistens von der Mama, musste dann schon einkalkuliert werden. Später, in der Schulzeit, wo die Übertretungen schon ein anderes Kaliber hatten, trat der Vater auf den Plan. Auch kaum mit Schlägen.

Er verdreifachte einfach die Hausaufgaben, dachte sich Zusatzübungen aus, stellte mir ein Entweder/Oder anheim. Eine Watschen wäre mir in solchen Fällen genehmer gewesen.

Weil auch die Mahlzeiten angesprochen wurden, soll nicht unerwähnt bleiben, was es da so gab. Die Ärmlichkeit unseres damaligen Daseins ist natürlich mit nichts zu vergleichen, was wir heutzutage vom Hungerelend der „Dritten Welt“ sehen und hören. Fleisch und Wurst waren zwar bei uns eher karg bemessen, an Gemüse, Nudeln, Schwammerlgerichten, Strudeln und was sonst noch in der Proletenküche zum Usus zählte, mangelte es aber kaum. „Mama, kann ich noch ein Schmalzbrot haben?“, war niemals eine vergebliche Bitte. Ein Bohnenkaffee war für mich ein Buch mit sieben Siegeln. Der Malzkaffee, nicht unbedingt sacharingesüßt, war da schon die Regel. Abends gab es, was vom Mittagessen übrig geblieben war. Brot wurde von der Mutter selbst geknetet, von mir zum Felber-Bäck' gebracht, der es in seinem Ofen fertigstellte. Wenn ich es heimbrachte, hatte ich oft die Ränder abgenagt. Keinesfalls aus Hunger, aber die frische Rinde schmeckte einfach besser. Ein Lob dafür war natürlich nicht zu erwarten.

Die Erwerbslosigkeit der Eltern brachte es naturgemäß mit sich, auf verschiedenste Weise Ersatzlösungen für teure Brennmaterialien, Lebensmittel und andere fast unerschwingliche Notwendigkeiten zu finden. Holz und Koks wurden nicht gekauft, sondern aus dem Wald, in Form von Baumstücken – eine sehr schwere Arbeit, weil sie ja mühsam ausgegraben werden mussten – heimgebracht. Zum „Koksstierln“, das Sammeln von Betriebsresten in dafür angelegten Depots, bin ich oft mit meinem Vater mitgegangen. Da mussten in einer Art Goldgräberreiter die verbliebenen Kohle- und Koksreste so lange durchgeschüttelt werden, bis das Resultat für unsere Zwecke brauchbar war. Beim Sägen durfte ich mithelfen. Dafür war es dann im Winter, wenn sich draußen der Schnee häufte, in der Wohnung, die ja nur mit Gipsdielen gegen die Kälte abgedichtet war, schön warm. Marmelade aus den verschiedensten Beeren war natürlich hausgemacht. Die Früchte waren im Sommer sorgfältig gesammelt worden. Schwammerl ebenso.

Da die paar Schilling, die es bis 1934 noch gab, hinten und vorn für ein auch nur einigermaßen geordnetes Leben nicht reichten, mussten die Kriegsspitaler aufmerksamst alles ins Auge fassen,



Straße in die Lazarettstadt des Wiener Neustädter Kriegsspitals, ca. 1917/18.

was ein zusätzliches Einkommen versprach. In unserem Fall kellnerte der Vater 14-tägig an den Wochenenden beim Geisendorfer- und später beim Grill-Wirt, verdingte sich in ähnlicher Weise im Arbeiterheim der Sozialdemokraten in der Innenstadt, vorwiegend bei Veranstaltungen, und machte den Bibliothekar in einer Drei-Kreuzer-Bücherei. Das brachte Groscherln, die ein besseres Auskommen sicherten. Die Mutter trug das ihre zum Aufwand durch Petit-Point-Stickerarbeiten bei. Anstrengend, besonders für die Augen, aber dafür schlechtest bezahlt. Dies alles selbstverständlich ohne regelgerechte Anmeldung oder gar mit einer sozialen Absicherung.

Wenn nunmehr ehemalige „Barackenkinder“ zueinander finden, geraten sie nur allzu leicht ins Schwärmen. Die damaligen Zeiten gelangen dann ins Visier der rosa Brillen: Der gesellige Zusammenhalt, das Kulturleben mit Mandolinorchester, Wiener Neustädter Kanal, die freien Auslaufflächen für die Dreikäsehochs... All das gerät in eine verklärte Sicht. Die Jahrzehnte seither haben den Hintergrund der Zeitläufe gerade dort, wo die Ungerechtigkeiten der gesellschaftlichen Verhältnisse besonders krass zu Tage traten, ins Dämmrige und Schemenhafte gekehrt. Das Lachen und Freuen, als wir barfuß zwischen den Baracken und in den daneben gelegenen Schottergruben herumtollten, hat sich tiefer in die Hirne gegraben als das Weinen der Mütter und der hilflose Zorn der Väter, wenn es sich wieder einmal nicht „ausging“.

Februar 1934

Jeden Sonntagvormittag traten die Männer der Kriegsspitaler als Mitglieder der 3. Alarmkompanie des Republikanischen Schutzbunds zum Appell an. Am

Stadtrand war man rot. Die politischen Spannungen machten sich immer intensiver bemerkbar. Dass die von den Christlichsozialen dominierte Regierung beim Unterminieren der Demokratie mehr und mehr mit allen Mitteln der Provokation am Werk war, war nur für Blinde nicht ersichtlich. Das ständige Zurückweichen der sozialdemokratischen Parteiführung vor diesen Staatsstreichabsichten ließ Verzweiflung aufkommen.

Mein Vater gehörte selbstverständlich dem Schutzbund an. Als einstmaligem Wachtmeister (Feldwebel) im Ersten Weltkrieg wurden ihm bald Führungsqualitäten zugestanden. Zunächst Zugführer, rückte er, als das Wetterleuchten der Februartage des Jahres 1934 schon unübersehbar war, zum Kompaniekommandanten auf. Dass dies bei uns zu Hause insofern Spuren hinterließ, weil er weniger Zeit für die Familie hatte, war unvermeidlich. Meine Mutter, sie hat es mir damals und später versichert, begegnete seinem Verhalten mit vollstem Verständnis. Was da heraufzog, war in seinen Einzelheiten nicht absehbar – dass es schlimm werden könnte, wusste man schon. Dass dann die gellenden Feuer signale aus Linz auch meine kleine Welt ins Wanken brachten, ist mir aus heutiger Sicht zunächst zur bruchstückhaft bewusst gewesen.

Zunächst weiß ich – als damals nicht ganz Sechsjähriger – noch von der gewaltigen Aufregung, die in unserer Wohnung spürbar war. Vom Vater war nichts zu sehen, dafür gaben sich Nachbarn und Verwandte nahezu pausenlos die Türklinke in die Hand. Meine Mutter war äußerst angespannt. Bei einem kurzen Verschwinden aus der Baracke sah ich in Richtung Wiener Neustädter Kanal, und

da lagen auf der „drüberen“ Seite uniformierte Männer mit angeschlagenen Gewehren. Waren es Schutzbündler oder Hahnenschwanzler? Eigenartigerweise habe ich auch als Erwachsener versäumt, mir darüber Klarheit zu verschaffen.

Der Moment, als mir die Mutter sagte, den Vater haben sie eingesperrt, ist mir unvergesslich. Nun war die Familie gespalten. Der Vater im Gefängnis, ich allein an die Mutter gedrängt. Einsam konnte man das nicht nennen. Großeltern, Onkeln und die Tante wurden zu Stützen, deren Hochherzigkeit gar nicht stark genug hervorgehoben werden kann. Die auf Befehl meines Vaters erfolgten Aktionen der 3. Alarmkompanie, der aufgrund des Verrats der übergeordneten Partei- und Schutzbundkommandostellen mit seinem engsten Stab alle Überlegungen und Schlussfolgerungen allein zu stellen hatte, sind lokalhistorisch bereits festgehalten worden. An den bizarrsten Theorien mangelt es da nicht. Fest steht unverrückbar, dass mein Vater keinen Schießbefehl gegeben hat. Er nahm aber für die Vorbereitungen dazu bei der Gerichtsverhandlung (es gab 30 Angeklagte) alle Verantwortung auf sich. Das Strafausmaß: zweieinhalb Jahre schwerer Kerker. Hätte er „Feuer“ befohlen – von allen anderen Alarmkompanien im Stadtgebiet war nichts zu hören, dort hatte man weder Stellung bezogen noch Bereitschaft gezeigt –, was wäre das Resultat gewesen? Die Antwort sind Historiker schuldig geblieben. Das unvermeidliche Blutbad (30 Rote sind letztlich übriggeblieben und standen gegen weit über 1.000 Schwarze), wäre es wirklich ein Signal für einen Erfolg gewesen? Alle Konsequenzen abzuwägen, ist für einen Beurteiler Jahrzehnte später leichter als für jene, die zwischen den Baracken und außerhalb in den schweren Tagen Entschlüsse fassen mussten. Mein Vater starb keinen „Heldentod“, wobei er Ungezählte dabei mitgerissen hätte. Er handelte vielmehr gemäß seinem Gewissen.

Illegale politische Arbeit

Die Verurteilung meines Vaters durch das Gericht bewirkte seine Verlegung. Das Haftausmaß ließ eine „Absitzung“ der Strafe im hiesigen Gefangenenhaus nicht zu. Als „Politischer“ war für ihn Graz-Karlau zuständig. Dorthin wurde er verbracht. Regelmäßige Besuche von meiner Mutter verboten sich aufgrund der Entfernung. Fahrkarten für den Bahnverkehr oder ein anderes Beförderungsmittel waren unerschwinglich. Nur

zwei Mal in seiner gesamten Haftzeit konnte sie ihn treffen. Einmal wurde die Reise – hin und zurück an einem Tag – mit Fahrrädern gemacht. Ein zweites Mal transportierte sie Max Gindl, ebenfalls ein „Kriegsspitaler“, mit dem Motorrad.

Im gleichen Jahr begann meine Volksschulzeit. Die dafür notwendigen Anschaffungen waren ein weiteres Problem. Mittlerweile waren damals im gegebenen Fall die schmalen Zuwendungen aus der Arbeitslosenunterstützung gestrichen worden. Almosen aus dem Umfeld, ein mehr oder weniger regelmäßiges Unterdie-Arme-Greifen durch die illegale *Rote Hilfe* waren die Unterhaltsbasis. Diese Organisation der im Untergrund tätigen Kommunistischen Partei Österreichs half den Familien von Inhaftierten mit kleinen Geldzuwendungen. Mein Vater hatte sich im Kerker von der Sozialdemokratischen Partei abgewendet.

Mein Erstklasslerdasein in der Josefstädter Schule verlief nach der gegebenen Norm. Der Schulweg per pedes und bloßfüßig, wenn es die Jahreszeit erlaubte, war die fixierte Regel. Angaben nach dem Stand des Vaters und die stereotype Antwort „Der ist eingesperrt!“ blieben ohne negative Auswirkungen. Als „Politischer“ dürfte er bereits vermerkt gewesen sein. Einige Mitschüler zählten zum selben Kreis. Die Lehrer ließen uns jedoch nicht spüren, dass wir Außenseiter waren. Wahrscheinlich der regierungsnormativen *Vaterländischen Front* angehörend, waren sie niemals gehässig. Dass ein Gutteil von ihnen schon zu dieser Zeit mit den Nazi liebäugelte, stellte sich erst später heraus. Ich war ein relativ guter Schüler, kein braver, aber die Zensuren waren zufriedenstellend. Lauter Einser lieferten die Bestätigung. Später, in der Hauptschule, hat sich da etliches gewandelt.

Nach der Amnestierung meines Vaters, seiner Heimkehr und der Wiederaufnahme eines normaleren Daheims wurden alte Verbindungen geknüpft. Beeren sammeln, Holz machen, Koks klauben, Hasenfutter suchen und nach Maßgabe der Notwendigkeit Getreideplätzchen in die Strohsäcke der Betten stopfen, standen ein weiteres Mal auf der Tagesordnung. Das Kellnerjanckerl holte er auch wieder aus dem Kasten. Seine politische Gesinnung, Marxismus hieß sie zu Hause noch nicht, träufelte er mir tropfenweise ein: Indem er mich auf alle erkennbaren und weniger augenfälligeren Ungerechtigkeiten aufmerksam machte. Sah ich eine *Rote Fahne* bei uns,

so hieß das Organ der illegalen KPÖ, auf dessen Besitz Strafe stand und für ihn die Absitzung der Reststrafe bedeutete, hieß es „Psst, davon weißt du nichts“.

Fremde fanden sich ein, die im Schlafzimmer, dem Zweitraum, mit dem Vater lange Gespräche führten. Ich wurde zum Spielen ins Freie geschickt. Auch dabei mit der ersten Mahnung versehen, nichts weiter zu erzählen. Einzelne blieben über Nacht. Die Beengtheit nötigte zu einer Umbettung. Meine Schlafstätte wurde dem Gast zur Verfügung gestellt, ich schlief bei den Eltern im Ehebett. Eines der Begleiter dieser Männer kannte ich schon von anderen Gelegenheiten – wenn er die *Rote Fahne* brachte, die der Vater weitergab. Sein Gesicht blieb im Gedächtnis haften. Nach dem Zweiten Weltkrieg sah ich ihn wieder und erfuhr seinen Namen. Es war der Gustl Posch aus Lichtenwörth. Aber da wusste ich bereits, wer die Männer waren. Sie machten Zwischenstation auf ihrer Reise zu den Internationalen Brigaden in Spanien, die dort gegen die faschistischen Franco-Leute kämpften.

Dem Gefühl der Zusammengehörigkeit entsprang in diesen Bretteldorfer Zeiten ein Gemeinschaftsprojekt, welches anderswo kaum denkbar gewesen wäre. Mein Vater kam eines Tages vom Gasthaus Grill heim und erzählte, allesamt hätten sich geeinigt, einen Brunnen zu schlagen. Vor der ehemaligen Oppositionsbaracke, dem Zentrum der Siedlung, sollte dies geschehen. Es gab zwar in jedem Trakt einen Wasserleitungsanschluss, der von allen Wohnparteien fleißig in Anspruch genommen wurde, doch in der warmen Jahreszeit wollte das Nass zum Trinken nicht munden. Die Ähnlichkeit mit Glühwein ohne Wein war zu groß. Beschlossen und zur Tat geschritten, war die Devise. So geschah es auch. Nahezu alle haben mitgemacht. Mit uns Gschroppen als aufmerksame Zuseher und gelegentliche Zureicher. Nach gelungenem Abschluss und der ersten Pumpung wurde ein Testtrinken veranstaltet. Das mit großer Befriedigung festgestellte Resultat war einhellig: „Ausgezeichnet, jetzt können wir auf das Gschloder aus der Wasserleitung verzichten!“ Wir Kleinen bekamen ein neues Amt: Wasserholen vom Brunnen. Einige Schlingel hatten bald den Dreh heraus, um sich von diesem Trab zu drücken. Sie gingen zwei Baracken weiter, drehten die dortige Wasserleitung auf und kehrten mit dem „Brunnenwasser“ heim. Eigentlich auch nicht viel besser als vorher, war der Kommentar.



Abriss von Baracken im Wiener Neustädter Kriegsspital und Neubau, 1939.

Ich bekenne mein Dazutun. Gestanden habe ich es erst viele Jahre danach.

März 1938

Die Schatten der Vergangenheit, Krieg und Kerker, waren noch nicht abgeebbt, doch schon trübte den Blick zum Horizont eine schlimme Zukunft. Noch immer war die Last der Erwerbslosigkeit nicht von den Schultern genommen, drohte ein neues Ungemach. Die Armut trieb den von Hitlerdeutschland gesteuerten Nazi eine Menge neuer Anhänger zu. Ohne Umschweife und von der Polizei kaum zurückgedrängt, hämmerten sie die Parole „Heim ins Reich“ in die Köpfe jener, die nur zu gern diesem politischen Vogelfänger auf den Leim gingen. Der Herr Polizeiinspektor Jaritz war zwar oft im Kriegsspital zu sehen, um die Kinder auszufratscheln, was daheim so geredet werde, aber ihm ging es darum, Kommunisten aufzuspüren. Bei uns stieg er jedoch auf die „Saf“.

Da der tägliche Zugriff auf eine Zeitung unerschwinglich war, mussten Informationen über die allgemeine Lage anderweitig beschaffen werden. Bei uns daheim gab es natürlich kein Radio, aber das schloss uns von den Ätherwellen nicht aus. Dafür sorgte Onkel Sepp, ein ausgezeichnete Fachmann, der ein „Detektorradio“ fabrizierte. Es handelte sich dabei um ein Gerät, mit dem man stromlos ein Rundfunkprogramm empfangen konnte. Damit war der Radioempfang jedoch nicht abgetan. Er baute auch große Apparate, mit denen nicht nur das Hören von Sendern der Ravag kein Problem darstellte. Die Familie war so mit Nachrichten über die sich anbahnenden Gefahren vernetzt. „Wenn uns die Hitlerianer überfallen, dann steht uns

ein weiterer Weltkrieg bevor“ – ein Omen, das nicht nur mein Vater von sich gab. Am 13. März 1938 überrollten sie Österreich. Das kreischende „Heil“ der übergroßen Mehrheit unserer Nachbarn, ihr Meinungsumschwung innerhalb kürzester Zeit, überflutete das Zähneknirschen der Wenigen, die ihren Verstand behalten hatten.

Freilich gab es rasch scheinbar günstige Änderungen. Nicht mehr ein Dasein als „Ausgesteuerter“, der von dem Bettel der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen worden war. Zugang zu einem regulären Erwerb. Beim Vater hieß es Arbeit in der wiederöffneten Lokomotivfabrik, die zunächst als Henschel- und später als Rax-Werk formierte, und danach in den Wiener Neustädter Flugzeugwerken. Arbeit, das bedeutete Lohn, genug um Anschaffungen zu tätigen. Das gestattete Ausgaben, die vorher undenkbar waren. Es ging uns so gut, wie ich es vorher niemals kennen gelernt hatte. Der Vater ließ sich aber dadurch nicht blenden. Alles, was ihm, uns und den anderen „Hacklern“ jetzt widerfuhr, war für ihn der Beweis für seine Vorausschau: Ein Krieg, wie er noch niemals da war, ein grauenvolles Blutgemetzel, der Überfall auf die Nachbarstaaten wurde planmäßig vorbereitet. Das ehemalige Österreich, nunmehr die Ostmark, wurde genauso uniformiert, wie das im übrigen Deutschland schon längst geschehen war.

Im Kriegsspital, noch wohnten wir in den Baracken, liefen massenhaft ehemalige Schwarze und Sozialdemokraten in SA-Stiefeln oder als Politische Leiter herum. Mein Vater trug alsbald eine andere Kluft. Keine braune, dafür war sie feldgrau. Die „Sudentenunruhen“ – im Klartext: der erste Anlauf zum Über-

fall auf die Tschechoslowakei – hatten ihm die Einberufung zur Deutschen Wehrmacht beschieden. Der Probelauf dauerte nicht lang, bald kehrte er wieder zu uns und zu seinem Arbeitsplatz zurück, jedoch war das Signal unüberhörbar. In den letzten Augusttagen des Jahres 1939 erhielt mein Vater neuerlich einen Einberufungsbefehl. Kaserniert wurde er irgendwo im „Altreich“. Dass er sich nach Kriegsbeginn in Polen befand, in einer „Flugbenzinkolonne“, erfuhren wir mittels Feldpost. Nach der Kapitulation Polens kehrte der Vater auf Urlaub heim. Seine Erzählungen im engsten Kreis lieferten einen klaren Blick auf das Geschehen. Wie schrecklich überrascht die Überfallenen waren; kein Gedanke an eine Kriegsvorbereitung ihrerseits; der Schlag hatte sie aus dem Hinterhalt getroffen.

Wir waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Besitz einer Neubauwohnung. Die Jahreswende 1939/40 rückte heran. In Uniform mit umgeschnallter Pistole suchte deshalb mein Vater den Kriegsspitaler Obernazi Mokri auf und forderte nachdrücklich eine Beendigung dieses Zustands. An Lautstärke mangelte es ihm schon deshalb nicht, weil die halbe Baracke bereits abgerissen war und der verbliebene Teil noch stärker den Unbilden der Witterung ausgesetzt war als dies zuvor der Fall gewesen war. Ein Erfolg war zunächst nicht absehbar, trotzdem musste der Vater zurück zu seiner Einheit, die in Rückingen bei Hanau stationiert war. Er blieb dort nicht lange. Von heute auf morgen hatte man ihn aus dem Militärdienst entlassen. Was zu diesem Zeitpunkt ein Rätsel schien, klärte sich nach dem Krieg: Laut einem Gutachten des Feldgerichts des kommandierenden Generals des zuständigen Luftgaves war ihm die Wehrwürdigkeit abgesprochen worden. Als „austrobohschewistischer Täter, dem eine Gesinnungsänderung nicht eindeutig zugebilligt werden konnte“. So zu lesen in einem Akt, den der Oberste Gerichtsherr unterfertigte. Er kehrte heim, meldete sich bei seiner Arbeitsstelle, und wurde im 2er Werk der Wiener Neustädter Flugzeugwerke – nach deutscher Logik – als Kontrolleur eingestellt. Zu dieser Zeit war unser Umzug in eine Neubauwohnung im Areal des „Kriegsspitals“ schon im Gange. Ein neuer Lebensabschnitt begann.

Dem Stadtarchiv Wiener Neustadt sei für die Zurverfügungstellung der beiden Fotos herzlich gedankt.

August Pirker: Widerstand in Österreich und Griechenland

HEIMO HALBRAINER

In einem Vermerk des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin über den Abschlussbericht der Gestapo Graz vom 23. März 1939 heißt es: „Die Arbeit weniger Funktionäre war nach den bisherigen Feststellungen von einem außerordentlichen Erfolg begleitet. Dieser Umstand ist darauf zurückzuweisen, dass an der Spitze der Organisation ein Mann stand, der in früheren Jahren die Schulung der Leninschule in Moskau genossen hatte und der demzufolge mit allen Regeln der konspirativen Methodik bestens vertraut war. [...] Die Ermittlungen der hiesigen Staatspolizeistelle ließen mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, in welcher kurzen Zeit sich der Aufbau einer schlagkräftigen und aktionsbereiten illegalen Organisation ermöglichen lässt, wenn eine politische Krise eintritt [gemeint ist hier die von Deutschland aus provozierte so genannte Sudetenkrise zur Zerschlagung der Tschechoslowakei; Anm.], deren Ausgang dem Reiche Nachteile zuzufügen droht.“¹ Der Mann, über den die Gestapo hier schrieb, war August Pirker.

Von der Sozialdemokratie zur KPÖ und in die Sowjetunion

August Pirker wurde am 3. Juli 1910 im weststeirischen Industrieort Tregist, heute ein Teil von Voitsberg, als fünftes Kind einer armen Bergarbeiterfamilie geboren. In einem Lebenslauf gab er an, dass seine Mutter bereits 1912 gestorben ist und sie in den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs zu den Bauern betteln gehen mussten, um nicht zu verhungern. Und weiter gab er an: „Alle Geschwister mussten nach Erreichung des 14. Lebensjahres von zu Hause fort und in den Dienst oder in die Arbeit. Ich erhielt Arbeit in der Voitsberger Glasfabrik nach Schulschluss.“² 1925 begann er schließlich eine Schmiedelehre und schloss sich der Sozialistischen Arbeiterjugend an. 1929 ging er nach Graz, wo er bei Wagner-Biró eine Arbeit als Schmied fand. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurde Pirker wenig später im August 1930 arbeitslos, was zur Folge hatte, dass er sich dem Arbeitslosenkomitee anschloss. Besonders aktiv innerhalb des Komitees waren die beiden kommunistischen Parteien, die KPÖ und die KPÖ(O),³ wobei sich

Pirker im Februar 1931 der KPÖ anschloss, bei der er sehr rasch in verschiedenen Funktionen tätig wurde. So nennt ihn ein Bericht der Polizeidirektion Graz am 7. Juli 1931 bereits als Mitglied der „politischen Leitung“ der KPÖ Graz, die – wie es im Bericht heißt – im vorangegangenen Monat Juni nicht weniger als 15 Versammlungen mit bis zu 600 Teilnehmern abgehalten habe. Und weiter: „Durch diese vermehrte Versammlungstätigkeit und begünstigt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse hat die kommunistische Partei in Graz und Umgebung einen Mitgliederzuwachs erhalten“, den die Polizeidirektion auf rund 800 einschätzte.⁴

Da August Pirker in den folgenden Monaten für zahlreiche Flugschriften mit Demonstrationsaufrufen als Redakteur verantwortlich zeichnete, wurde er mehrfach wegen „Übertretung des Pressgesetzes“ verurteilt.⁵ Im Herbst 1932 kehrte er aus familiären Gründen wieder nach Voitsberg zurück. Im weststeirischen Industriegebiet hatte die KPÖ bei den Gemeinderatswahlen im April 1932 nicht wirklich gut abgeschnitten und lediglich in Bärnbach mit rund zehn Prozent der Stimmen ein Mandat erringen können.⁶ In Voitsberg wurde Pirker unmittelbar nach seiner Rückkehr Bezirksleiter der KPÖ und begann den Aufbau der Bezirksorganisation, die am 1. Mai 1933 Stärke zeigte und trotz Verbot der Regierung Dollfuß eine 1. Mai-Demonstration organisierte. Die *Rote Fahne* berichtete, dass sich am Hauptplatz in Voitsberg 2.000 Personen versammelten, was zur Folge hatte, dass Landeshauptmann Anton Rintelen Militär nach Voitsberg entsandte, um die dortige Gendarmerie zu unterstützen. Dabei wurden fünf Personen, darunter auch August Pirker, festgenommen.⁷ Insgesamt waren im Zusammenhang mit Kundgebungen am 1. Mai 1933 an „die 700 aufrechte revolutionäre Kämpfer, vom Chefredakteur der *Roten Fahne*, Genossen Schüller angefangen, bis zu unseren tapferen Vorkämpfern in den kleinsten Provinzorten und Dörfern“, festgenommen worden, „gilt es doch für die Bourgeoisie durch ihre Regierung der immer drohenderen kommunistischen Welle einen Damm von Kerkern und Gefängnissen entge-

genzusetzen.“ Daher werden – so auf der Titelseite der *Roten Fahne* – „alle Paragraphen des Gesetzbuches, derer man habhaft werden kann, [...] zusammengetragen, um der Kommunistischen Partei, ihren Funktionären und Mitgliedern, die man eingesteckt hat, den Prozess zu machen.“⁸ Die meisten am 1. Mai Festgenommenen – so auch August Pirker – wurden nach 14 Tagen wieder freigelassen,⁹ doch folgte nur wenig später das Verbot der KPÖ.

Im November 1933 ging August Pirker auf Vorschlag von Johann („Robert“) Täubl, dem Organisationsleiter des ZK der KPÖ, in die Sowjetunion, wo er im Tscheljabinsker Traktorenwerk Arbeit fand. Im September 1935 wurde Pirker an die Internationale Leninschule in Moskau delegiert, wo er den „Kurzen Kurs“ bis August 1936 als „Gustav Ellinger“ belegte.¹⁰ Sein Besuch der Kaderschule in Moskau fiel in die Zeit nach dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935, sodass im Unterricht u.a. die Anwendung der Einheitsfront- und Volksfronttaktik bzw. die Taktik des „Trojanischen Pferdes“, die Unterwanderung faschistischer Organisationen, auf dem Lehrplan standen.¹¹ Ende Dezember 1936 kehrte Pirker wieder zur Parteiarbeit nach Graz zurück, wo er innerhalb der *Sozialen Arbeitsgemeinschaft* (SAG) der *Vaterländischen Front* im Sinne der Volksfrontpolitik aktiv wurde. Anfang des Jahres 1938 wurde er schließlich auf einer Konferenz in der Nähe von Graz zum Bezirksobmann der KPÖ gewählt.¹² Über diese Phase im Februar 1938 berichtete Pirker 50 Jahre später: „Als die SAG gegründet wurde, sind wir in sie eingetreten und haben unter dem Deckmantel arbeiten können. Im Jahr 1938 haben sich dann aber die Ereignisse fast von Tag zu Tag überstürzt. Schuschnigg hatte den Arbeitern einiges versprochen und wir haben die Hoffnung gehabt, über kurz oder lang wieder legal arbeiten zu können und vollständige Presse- und Koalitionsfreiheit zu bekommen. Aber die Nazis sind damals schon sehr offen aufgetreten, haben die Hakenkreuzfahne am Rathaus gehisst und offen zur Schau gestellt: *Wir sind schon da!* Nun hat auch die Vaterländische Front etwas machen müssen.“

Heraus zum Hungermarsch!

am Donnerstag 23. Juni um 11 Uhr vormittag am

Freiheitsplatz!

Kampf gegen Aussteuerung und Arbeitsdienstpflicht!

FÜR DIE WIEDERAUFNAHME DER AUSGESTEUERTEN IN DER
UNTERSTÜTZUNG UND BESCHAFFUNG VON BROT UND ARBEIT

Für Wiederaufnahme der Ausspeisung

Sammelpaetze um halb 10 Uhr vormittags nachstehend

1. 2. 3. FREIHEITSPLATZ, 4 LENDPLATZ, 5. KARLAUERPLATZ
6. SCHÖNAUSIEDLUNGSPLATZ. LÖGGENBERG HATHAUSPLATZ.

K. P. Oe.

Verlag, für Inhalt verantw. Drucker A. Pirker St. Peter, Harmsdorferstr. 6, Druckort
Graz Griesplatz, 16

Flugblatt der KPÖ Steiermark (1932)

Sie hat unter Alfons Gorbach eine Protestversammlung auf den Grazer Hauptplatz einberufen, und wir haben in der SAG die Arbeiter aus den Betrieben mobilisiert. Als die Kundgebung stattfand, war die Straße vom Hauptplatz bis zum Jakominiplatz voll und alle haben gerufen: *Niemals Hitler! Für ein freies Österreich!* Es folgten in den nächsten Tagen allorts kleinere Versammlungen und wir konnten in den letzten Februartagen offen eine erste Parteimitgliederversammlung durchführen. Die Revolutionären Sozialisten haben im Kleinen Kammersaal eine Versammlung einberufen, bei der auch ich gesprochen habe. Am 11. März gab es schließlich am Lendplatz, im Konsumgasthaus, eine letzte Versammlung. Auf einmal kam einer und sagte: *Schuschnigg ist zurückgetreten.* Zehn Minuten später sind alle gegangen; mit gesenktem Haupt.¹³

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Schon bald nach dem „Anschluss“ wurden August Pirker und Ernst Mlakar von der zentralen Leitung der KPÖ in Wien beauftragt, die KPÖ und den KJV in Graz und Umgebung, wozu damals auch die gesamte Ost-, Süd- und Teile der Weststeiermark gehörten, wiederaufzubauen. Um den Kontakt mit der Leitung der KPÖ zu halten, wurde im jugoslawischen Maribor (Marburg) eine Kontaktstelle eingerichtet.¹⁴ Pirker be-

gann noch im Juni 1938 mit der Umstrukturierung der Partei und dem Neuaufbau von Betriebszellen. Innerhalb kürzester Zeit gelang es ihm – wie auch der eingangs zitierte Bericht der Gestapo hervorhob – in verschiedenen Betrieben in Graz und der Weststeiermark ein Netz von Zellen aufzubauen, so u.a. im wichtigsten Rüstungsbetrieb von Graz, dem Steyr-Daimler-Puch-Werk.

Spätestens Ende September 1938 war es aber der Gestapo gelungen, in das Widerstandsnetz der KPÖ und des KJV einzudringen.¹⁵ Dies lässt sich recht anschaulich an Hand der Berichte der Gestapostelle Graz nachzeichnen. So heißt es in einem Bericht Anfang Oktober 1938: „Mit dem Anwachsen der Spannungen kamen jene Elemente zum Vorschein, die aus der Gesamtlage für ihre Ziele einen

Nutzen ziehen zu können glaubten. [...] Die aktivistischen Elemente gingen dazu über, an Stelle einer mehr oder minder versteckten Mundpropaganda offene Drohungen auszustößen in der Hoffnung und mit dem Ziel, Unruhe und Verwirrung in die in ihrer nationalsozialistischen Erkenntnis bzw. Überzeugung noch ungesicherten weiten Bevölkerungskreise zu tragen. Dieses Unterfangen konnte bei der heutigen Verfassung in Österreich leider in einem erheblichen Maße gelingen.“ Lähmende Zweifel schlichen sich – wie es im Bericht weiter heißt – „bis in die – allerdings noch ungeschulten – Parteikreise, die angesichts der außenpolitischen Spannung und Belastung vielfach die Nerven verloren.“¹⁶

Um „staatspolizeiliche Maßnahmen gegen die zunehmende kommunistische und marxistische Tätigkeit in Österreich zu ergreifen“, ordnete daher der Chef der Sicherheitspolizei am 26. September 1938 an, „alle führenden Funktionäre der KPÖ und SPÖ, sofern erwiesen oder den Umständen nach anzunehmen ist, dass sie sich nach wie vor im staatsfeindlichen Sinne betätigen, bis auf weiteres in Schutzhaft zu nehmen.“¹⁷ Im Zuge dieser Aktion wurden im Bereich der Staatspolizeistelle Graz über 40 Personen festgenommen. Obwohl die Gestapo hier nur auf Verdacht hin Personen verhaftet hatte, war ihr mit dieser Aktion ein großer Schlag gegen die KPÖ geglückt, wie der Gestapobericht vom 31. Oktober

festhält: „In meinem Bericht vom 1.10.1938 habe ich angeführt, dass Ende September in Graz auch Personen festgenommen wurden, welche in dem dringenden Verdachte standen eine illegale komm. Organisation aufzubauen bzw. aufgebaut zu haben. Einer der Verhafteten legte ein volles Geständnis ab und konnte als V-Mann gewonnen werden. Er wurde mit den anderen Verhafteten, denen aus taktischen Gründen keine Vorhaltungen gemacht wurden – ihre Verhaftung wurde anderwärtig begründet – sofort wieder auf freien Fuß gesetzt und hält seither die Staatspolizeistelle Graz über die Arbeitsweise und Tätigkeit der Komm. Partei in Steiermark in einwandfreier Weise auf dem Laufenden.“¹⁸

Dieser V-Mann war Fritz Kreuzmann, der neben Johann Janeschitz und August Pirker zur Leitung der KPÖ gehörte und der der Kontaktmann zu Mlakar und damit zum KJV war. Welchen Schaden der V-Mann Kreuzmann für einen größer angelegten Widerstand in der Steiermark angerichtet hat, zeigt sich unter anderem auch darin, dass er der Gestapo den „Plattformentwurf“ für die Gründung einer Einheitspartei aus Revolutionären Sozialisten (RS) und Kommunisten in der Steiermark, den August Pirker Anfang Oktober 1939 aus Maribor übermittelt bekommen hatte, zukommen ließ.¹⁹ Zudem gab er die Anlaufstellen der KPÖ in Maribor bekannt. Der Gestapo waren somit seit Anfang Oktober – wie sie in einem Bericht festhielt – „sämtliche Führer (der KPÖ und des KJV) des Kreises Graz bekannt. Aus taktischen Gründen wird von einem Zugriff solange abgesehen, bis nicht die letzten Verbindungen und Fäden sowohl im Gau Steiermark, als auch nach den angrenzenden Gauen bzw. nach dem Auslande aufgedeckt und uns bekannt sind.“²⁰

Am 1. Dezember 1938 war es schließlich so weit. Zunächst wurden die Mitglieder des KJV in Weiz festgenommen. Im Bericht der Gestapo vom 24. Dezember 1938 heißt es dazu: „Der Zugriff erfolgte deshalb in Weiz – eine Stadt 50 km von Graz entfernt –, um bei der illegalen Führerschaft der komm. Organisation in Graz nicht den Eindruck eines Verrates zu erwecken. Auf Grund der ersten Einnahmen (recte: Einvernahmen) erfolgten dann die weiteren Zugriffe usw.“²¹ Nachdem die Verhaftungsaktion gegen den KJV abgeschlossen war, kam es von Jänner bis März 1939 zur Zerschlagung der gerade erst aufgebauten Zellen der KPÖ und zu weiteren Verhaftungen in Graz, Weiz und Voitsberg.²²



August Pirker (1910–1996)

Keiner der damals Verhafteten wurde zum Tode verurteilt. August Pirker wurde am 6. November 1939 vom Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und am 18. März 1940 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Urteil heißt es: „Pirker hat, indem er schon wenige Monate nach dem 13. März 1938 daran ging, den Hochverrat gegen das Deutsche Reich aufs neue vorzubereiten, einen außergewöhnlich gefährlichen Willen erkennen lassen. Obwohl er es nur der Rückgliederung der Ostmark zu verdanken hatte, dass er nach langer Erwerbslosigkeit wieder Arbeit bekam, hat er als gelehriger Schüler seiner Moskauer Lehrer in weit höherem Maß als je zuvor alles daran gesetzt, den Umsturz im Reich vorzubereiten.“²³

Seiner Frau Stefanie schrieb Pirker nach der Urteilsverkündung: „Gestern Abend um 6 Uhr sind die Würfel meines Schicksals gefallen. Die Richter im roten Talar und weißen Maschen [...] sprachen nach einer Beratung von ca. 1 Stunde das Urteil. [...] Bei der Begründung des Urteils führte der Senatspräsident aus, dass dieses Urteil speziell jetzt in der Kriegszeit all jene in Österreich abschrecken möge, die von dieser kommunistischen Irrlehre nicht lassen zu können glauben.“²⁴

Stefanie Pirker und die im April 1938 geborene Tochter Hermi wurden in der Folge bis Mai 1943 von der *Roten Hilfe* finanziell unterstützt, ehe sie und ihre Unterstützer, u.a. das Ehepaar Kopp, festgenommen wurden. Während Alois Kopp als Funktionär der *Roten Hilfe* am 24. Jänner 1944 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt wurde, erhielt Stefanie Pirker eine dreijährige Zuchthaus-

strafe wegen Unterlassung der Anzeige der „hochverräterischen Umtriebe“ von Kopp und Genossen.²⁵

Vom Strafbataillon 999 zu den griechischen Partisanen der ELAS

Obwohl August Pirker durch seine Verurteilung nach dem Wehrgesetz als „wehrunwürdig“ galt, wurde ihm und anderen politischen Häftlingen im Zuchthaus Stein an der Donau Ende des Jahres 1942 die Möglichkeit gegeben, sich freiwillig zur Wehrmacht zu melden. Der Hintergrund dafür war, dass die Wehrmacht durch die großen Ausfälle an der Ostfront Soldaten brauchte. Daher wurden mit dem Erlass des OKW vom 11. April 1942 mit Zuchthaus bestrafte Wehrunwürdige dazu aufgefordert, einen „Ehrendienst am deutschen Volk“ zu leisten.²⁶ August Pirker und die anderen politischen Häftlinge im Zuchthaus Stein lehnten das „Angebot“ für Hitler in den Krieg zu ziehen Ende des Jahre 1942 ab, was letztlich aber nichts half. Denn im Frühjahr 1943 erschien eine Stellungskommission im Zuchthaus und erklärte alle als „wehrauglich“. So wurde Pirker gemeinsam mit dem zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Provinzverantwortlichen der KPÖ, Wilhelm Wehofer, und anderen am 8. Juli 1943 nach Heuberg bei Stetten am kalten Markt (Baden-Württemberg) zur Bewährungseinheit 999 einberufen, wo sie eine fünfmonatige Ausbildung erhielten.

Diese Bewährungseinheit innerhalb der Wehrmacht, die ursprünglich „Afrika-Brigade 999“ hieß, wurde deshalb geschaffen, damit die verurteilten NS-Gegner nicht innerhalb der Wehrmacht ihre antifaschistische Tätigkeit fortsetzen konnten, wie aus einer „Geheimen Kommandosache“ des OKW vom 14. April 1943 hervorgeht: „Der Erlass vom 13.1.1943 hat den für die Einberufung von Wehrunwürdigen in Frage kommenden Personenkreis so erweitert, dass künftig mit der Einberufung auch einer größeren Zahl von früher staatsfeindlich eingestellten Personen, insbesondere von ehemaligen aktiven Kommunisten gerechnet werden muss. Die Gefahren, die sich aus einer möglichen Anhäufung solcher Elemente ergeben, werden solange nicht gross sein, als diese in geschlossenen Einheiten bleiben, wo sie entsprechend überwacht und ausgeschieden werden können.“²⁷

Nach der Ausbildung in Heuberg wurde Pirker am 1. Dezember 1943 mit der 1. Kompanie des XVI. /Festungs- und Infanterie-Bataillons 999 nach Griechen-

land in Marsch gesetzt.²⁸ Bald nach der Landung auf der nordägäischen Insel Limnos nahmen August Pirker und andere Antifaschisten – unter ihnen etwa auch der Politologe Wolfgang Abendroth (1906–1985), der nachmalige Sekretär der SED in Dresden Karl Müller (1903–1972) oder Wilhelm Wehofer – Kontakt zur griechischen Widerstandsbewegung auf, um im Fall eines britischen Angriffs auf die Insel eine möglichst kampfbereite Übergabe zu erreichen. Der Hamburger Kommunist Ernst Hansch (1914–1970)²⁹ berichtete: „August Pirker unterhielt im Auftrage unserer gemeinsamen Widerstandsorganisation Kontakte zu leitenden Persönlichkeiten der griechischen Volksbefreiungsbewegung und der Kommunistischen Partei Griechenlands auf der Insel Limnos. August Pirker transportierte Waffen und Munition, die unsere Organisation für die griechischen Kampfgenossen beschaffte. Kamerad Willi Wehofer war abkommandiert in das Elektrizitätswerk von Kastorn auf Limnos. Er versorgte viele antifaschistische Gruppen unseres Bataillons und wahrscheinlich auch andere Bataillone der 999er mit Rundfunk-Nachrichten aus den Sendern der Alliierten Streitkräfte.“³⁰ Den Kontakt zur Nationalen Befreiungsfront EAM und der KKE, der Kommunistischen Partei Griechenlands stellte Pirker über den Volksschullehrer von Sardes, Giorgios Wasdekis, her, bei dem er Griechisch lernte. Als im Sommer 1944 die Mitteilung kam, die 999er werden von der Insel abgezogen, trafen sich der Vertreter der EAM von Sardes Giorgios Wasdekis, August Pirker und Ernst Hansch, um das Überlaufen der Antifaschisten zur ELAS, der Griechischen Volksbefreiungsarmee, zu besprechen. Seitens der EAM hielt man es für vernünftiger, dass Pirker und die anderen nicht auf der Insel bleiben, sondern auf Festland gehen und dort bei nächster Gelegenheit zur ELAS überlaufen sollten. Wasdekis meinte, „damit Ihr bei der ELAS gut aufgenommen werdet, bringe ich Euch Legitimationen, die den Inhaber legitimieren und der dann auch seine Genossen legitimieren“ kann.³¹ Mit diesen Bescheinigungen der EAM und der Kommunistischen Partei von Limnos in der Tasche gingen Pirker und Genossen am 9. September 1944 auf ein Schiff, das sie nach Saloniki brauchte, von wo sie nach Sochos, rund 50 km nordöstlich von Saloniki abkommandiert wurden. Als am 14. September Pirker gemeinsam mit rund 100 Soldaten zu einem Straf-



Bestätigung der griechischen Partisanen für August Pirker (1944).

einsatz gegen Partisanen der ELAS in die 20 km entfernte Stadt Nigrita aufbrechen, um dort das E-Werk, die Mühle und sämtliche Brücken zu zerstören, kam es beim Rückzug aus der Stadt zu einem Gefecht mit Partisanen. Das war die Gelegenheit, auf die August Pirker gewartet hatte. Im Schutze einer Böschung entlang der Straße liegend beschloss er: „Jetzt bleibe ich liegen. Alle rannten vorbei an mir, sie rannten um ihr Leben zu den Autos. Als ich bemerkte, dass alles vorbei war, stand ich auf, kroch auf allen Vieren die Böschung hinauf.“³² Er gab sich den Partisanen gegenüber zu erkennen, die ihn zum Regimentskommandeur brachten, wo er sich mit dem Ausweis von Limnos legitimierte. In der Folge bildete er Partisanen am MG aus, das die Soldaten seiner Einheit zusammen mit anderen Materialien und Munition weggeworfen hatten und so in die Hände der Partisanen gelangt war. Zudem legte er gemeinsam mit den Partisanen selbstgefertigte Minen auf der Straße zwischen Lagkadas und Sochos.

Sehr bald schon wurde Pirker aber direkt dem Divisionsstab der 11. Brigade der ELAS zugeteilt, um sich von dort aus um die Wehrmachtsoldaten in den Dörfern zu kümmern. So schrieb er Briefe an sie, in denen er sie aufforderte, mit ihren Waffen zur ELAS überzulaufen. Gemeinsam mit dem Berliner Kommunisten Max Lorenz war Pirker bald für rund 35 österreichische und deutsche Überläufer zuständig, die er nun wieder innerhalb des Bataillons der ELAS zur Antifa-Einheit *Freies Deutschland* zusammenfasste.

Nach dem Rückzug der Wehrmacht im Oktober 1944 übernahm die ELAS in großen Teilen Griechenlands – so u.a. auch in Athen und Saloniki – die Macht. August Pirker marschierte, nachdem sich alle Bataillone der 11. Division rund um Saloniki gesammelt hatten, mit seiner Antifa-Einheit revolutionäre deutsche Lieder singend in die Stadt ein. „Endlich

war es soweit. Um 12 Uhr mittags begannen die Glocken zu läuten und wir rückten den Berg hinunter auf die Stadt zu, wo der Einmarsch der ELAS-Truppen zu einem grandiosen Volksfest wurde. [...] Überall wurden wir bewirtet. Griechische Nationalfahnen in den Händen der ELAS und EAM konnten wieder öffentlich getragen werden. Pfaffen und Bürger, Bauern und Arbeiter, Soldaten und Frauen und Mädchen in der Menge auf der Straße, wie ich es nie zuvor gesehen habe. Singend und tanzend, freudestrahlend ging es durch die Stadt. Endlich wieder frei, die Deutschen abgezogen und Friede im Lande eingekehrt!“³³ Doch der Friede währte nicht lange. Zunächst verfolgte August Pirker mit seinem Bataillon noch die sich Richtung jugoslawische Grenze zurückziehenden Deutschen, wobei es vereinzelt noch zu Gefechten kam. Als es Anfang Dezember 1944 zur Schlacht um Athen zwischen der ELAS und Truppen der aus dem Exil zurückgekehrten Regierung unter Beteiligung der Briten, die den Einfluss der ELAS zurückdrängen wollten, kam, fürchten August Pirker und seine Genossen, dass sie am Ende noch in britische Kriegsgefangenschaft geraten könnten. Sie beschlossen daher, nach Bulgarien, zur Roten Armee, zu gehen. Im Jänner 1945 gelangten sie zu einer Einheit der Roten Armee, wo ihnen ein General erklärte, dass sie als Partisanen nicht aufgenommen werden und sie nur ins Kriegsgefangenenlager gehen könnten. Als Pirker fragte, ob es für sie keine Ausnahme gebe, meinte dieser: „Lager ist Lager! Da gibt es keine Ausnahmen. Ihr könnt eine Schreibmaschine haben, Papier und Unterlagen. Damit könnt Ihr eure antifaschistische Arbeit machen.“³⁴ Diese antifaschistische Tätigkeit war aber nicht von langer Dauer, denn im März 1945 wurden sie mit einem Kriegsgefangenentransport von Sofia in die Sowjetunion überstellt, wo sie, wie andere Kriegsgefangene auch, Zwangsarbeit leisten mussten.

Nachgeschichte

Im Jänner 1947 kam August Pirker auf die Antifa-Schule nach Noginsk, 50 km östlich von Moskau, die er bis Juli 1947 besuchte. In einem Brief an seine Frau, die er zu diesem Zeitpunkt schon über acht Jahre nicht mehr gesehen hatte, schrieb er Ende Juni 1947 u.a.: „Es darf nie mehr so weit kommen, wie es uns erging, dass Familien auseinandergerissen und ins Zuchthaus gesteckt werden, nur weil sie für Gerechtigkeit streiten. Wie

schrecklich wirkt sich diese Barbarei heute noch für Österreich und alle anderen Völker aus! Daher müssen wir eine Wiederholung solch einer Katastrophe verhindern. Am Aufbau einer neuen friedlichen Welt mitzuarbeiten ist heilige Pflicht aller aufrechten Demokraten und vor allem Leuten unseresgleichen. Ich freue mich schon, dabei wieder mitwirken zu können.“³⁵

Es sollten noch drei Monate vergehen, ehe August Pirker am 19. September 1947 mit dem dritten Kriegsgefangenen-Transport in Wiener Neustadt ankam.³⁶ Bereits am 1. Oktober trat er seine Arbeit für die KPÖ in Eisenerz an, später arbeitete er in der Bezirksleitung Graz und im Expedit der Tageszeitung *Wahrheit*. Da Pirker eine Arbeit als Dolmetsch suchte, ging er 1950 ins Erdölgebiet, nach Mühlberg bzw. Zistersdorf, wo er in den SMV-Betrieben als Dolmetsch und schließlich als Personalreferent arbeitete. Mitte der 1950er Jahre kehrte er nach Graz zurück, wo er am 13. November 1996 starb.

Anmerkungen:

- 1/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 1571, Vermerk des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin über den Abschlussbericht der Gestapo Graz vom 23. März 1939 über die Aktion gegen die illegale Kreisleitung der KPÖ, 14.8.1939.
- 2/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ,



**Das Kapital –
Nicht nur für Einsteiger**

Mit Beiträgen von Georg Fülberth • Eike Kopf • Thomas Kuczynski • Karl Reitter (Österreich) • Alexander B. Voegelé • Holger Wendt

Weitere Themen u.a.: Trump, Deutschland und die EU; Diesel-Fahrverbot; KP-Unterstützung für Corbyn; Kommunistischer Parteitag in Südafrika; Frankreich nach der Wahl; Digitalisierung im Gesundheitswesen; Clara Zetkin – Kommunistin und Frauenrechtlerin; Geschichtspolitik der Partei DIE LINKE; Albano Nunes (Portugal), Demokratie und Sozialismus; Oktoberrevolution in der Diskussion

Neue Impulse Verlag

Einzelpreis	9,50 €	Hoffnungstraße 18 45127 Essen Tel. 0201 23 67 57
Jahresabo	48,00 €	
ermäßigtes Abo	32,00 €	

www.marxistische-blaetter.de

Lebenslauf von August Pirker, 16.1.1955.

3/ Peter Wilding: „... Für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark). Wien, Zürich 1990 (Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 55), S. 248–294.

4/ Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, BKA Inneres, 22/Stmk, Zl. 173.237/31, Polizeidirektion Graz an das Bundeskanzleramt, 7.7.1931.

5/ ZPA der KPÖ, August Pirker: Fragebogen, 13.1.1955.

6/ *Köflach-Voitsberger-Wochenblatt*, 23.4.1932.

7/ *Die Rote Fahne*, 3.5.1933.

8/ *Die Rote Fahne*, 7.5.1933.

9/ *Die Rote Fahne*, 17.5.1933.

10/ Julia Köstenberger: Kadenschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926–1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen. Wien 2016. Zu Pirkers Biografie siehe S. 438 und 474. 11/ Ebd., S. 211f.

12/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf Pirker.

13/ Zeitzeugengespräch mit August Pirker, 16.3.1988.

14/ Heimo Halbrainer: Maribor und Zagreb als Orte des politischen Exils und Drehscheiben des österreichischen Widerstands, in: *Zwischenwelt*. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands, 27. Jg. (2010), Nr. 1/2, S. 44–49.

15/ Allgemein dazu: Heimo Halbrainer: Widerstand und Verrat – Die Unterwanderung des steirischen Widerstands durch V-Leute der Gestapo, in: Margit Franz u.a. (Hg.), *Mapping contemporary history. Zeitgeschichten im Diskurs*. Wien 2008, S. 321–349.

16/ DÖW 1446, Gestapo Graz, Schnellbrief, 2.10.1938.

17/ DÖW 4236, Gestapo Graz, Tagesbericht, September 1938.

18/ DÖW 1446, Gestapo Graz, Monatsbericht über die KP im Bereich der Staatspolizeistelle Graz für Oktober, 31.10.1938.

19/ DÖW 1446, Gestapo Graz, Bericht, 4.11.1938. Vgl. dazu VGH, Zl. 7 J 268/39, Urteil gegen August Pirker, Johann Janeschitz und Nikolaus Wenky, 18.3.1940. Demnach hat Pirker den Plattform-Entwurf aus Wien bekommen.

20/ DÖW 4254, Gestapo Graz, Bericht, 31.1.1939.

21/ DÖW 1582, Gestapo Graz, Monatsbericht, 24.12.1938, betr. Bekämpfung illegalen Kommunismus.

22/ VGH, Zl. 7 J 268/39, Urteil gegen August Pirker u.a., OLG Wien, OJs 97/39, Urteil gegen Rupert Kulmer u.a., 1.7.1940, OLG Wien, OJs 53/40, Urteil gegen Elisabeth Sinic, 5.7.1940.

23/ VGH, Zl. 7 J 268/39, Urteil gegen Pirker u.a.

24/ Brief von August an Stefanie Pirker, 19.3.1940 (Kopie im Besitz des Verfassers).

25/ VGH, Zl. 7J 415/43, Urteil gegen Alois Kopp u.a., 24.1.1944.

26/ Hans-Peter Klausch: Die 999er. Von der Brigade „Z“ zur Afrika-Division 999: Die Bewährungsbatallione und ihr Anteil am antifaschistischen Widerstand. Frankfurt/M. 1986, S. 13f.

27/ Zit. nach ebd., S. 18.

28/ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Erinnerungen August Pirkers: Als Österreicher bei den griechischen ELAS-Partisanen!, Manuskript 1968 (DÖW 5889); Gespräch mit August Pirker, 16.3.1988 sowie Klausch: Die 999er, S. 232–253.

29/ Ab 1950 war Hansch Leiter der Abteilung Landwirtschaft des Zentralkomitees der SED und von 1953 bis 1970 Chefredakteur der *BZ am Abend*. Siehe dazu: Bernd-Rainer Barth: Hansch, Ernst, in: *Wer war wer in der DDR?* Bd. 1. Berlin 2010.

30/ Brief von Ernst Hansch an August Pirker, 18.2.1969 mit Kopie des Briefes an Herbert Steiner, hierin Informationen über den Widerstand auf Limnos (Kopie im Besitz des Autors).

31/ Pirker: Als Österreicher bei den griechischen ELAS-Partisanen, S. 11.

32/ Ebd., S. 15.

33/ Ebd., S. 20.

34/ Zeitzeugengespräch mit August Pirker, 16.3.1988.

35/ Brief von August an Stefanie Pirker, 22.6.1947 (Kopie im Besitz des Verfassers).

36/ August Pirker: Ich bin ein Heimkehrer aus Rußland, in: *Wahrheit*, 6.10.1947.

Ferien am Hollerhof



Die **Stiftung kultureller Förderung und Bewahrung des Lebenswerkes von Dietrich und Christel**

Kittner betreibt den Hollerhof und vermietet drei

Ferienwohnungen an der slowenischen Grenze in der Südoststeiermark.

- Rundum Natur pur • Ruhe • Radlerparadies
- zwei Thermalbäder wenige Kilometer entfernt
- komfortable Ferienwohnungen (93 bzw. 63 m²) für 2–5 Personen
- Kittners Bibliothek mit etwa 10 000 Büchern am Hof

Anfragen, Buchungen und Nachrichten:

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

E-Mail: hollerhof@hollerhof.at

Dedenitz 6, A-8490 Bad Radkersburg

Internet: <https://hollerhof.at>

Telefon: (00 43) 34 76 2 05 25

Anja Hammermann: Stationen einer Kinderärztin im Kampf gegen den Faschismus

IRENE FILIP

Am 7. März 1907 im galizischen Drohobycz geboren, flüchtete Anna (Anja) Hammermann mit ihren Eltern nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach Wien. Ihr Vater Meir (auch Majer, Max) Hammermann, der in Drohobycz Kaufmann gewesen war, wurde für zwei Jahre in die österreichische Armee eingezogen. Mutter Rifka brachte die nunmehr in ärmlichen Verhältnissen lebende Familie – neben Anja noch ihre Geschwister Artur und Erna – als Näherin durch. Dennoch konnte Anja nach der Volksschule durch das Geben von Nachhilfestunden auch die Mittelschule besuchen.

1924 wurde Anja politisch aktiv. Sie trat dem *Verband Sozialistischer Mittelschüler* bei, wo sie im Bildungsausschuss mitarbeitete. Enttäuscht von der sozialdemokratischen Politik besuchte sie Versammlungen des KJV und trat nach dem Zerfall ihrer KJV-Zelle 1926 in die KPÖ ein. Ein Jahr lang leitete sie eine Jungpioniergruppe, beendete aber diese Tätigkeit aus Zeitmangel, nachdem sie im Juli 1926 an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien inskribiert hatte. Anja hatte danach, aber auch während ihres Studiums verschiedene Parteifunktionen inne. So war sie Frauenverantwortliche und Presseleiterin ihrer Parteizelle, als Mitglied der kommunistischen Studentenvereinigung *Kostufra* deren Schriftführerin und Kassierin und war mit nicht näher bekannten Verbindungsaufgaben zur in Wien befindlichen Gruppe der illegalen Kommunistischen Partei Jugoslawiens betraut. 1927 wurde sie Mitglied der *Roten Hilfe*.

Politische Verfolgung

Zum ersten Mal wurde Anja am 15. Juli 1927 mit 70 weiteren GenossInnen in einer Mensa festgenommen, nach einigen Stunden aber wieder frei gelassen. Zu ihrer zweiten Verhaftung kam es, als am 7. Oktober 1928 die Heimwehr in Wiener Neustadt aufmarschierte und auch der Republikanische Schutzbund zu einer Manifestation aufrief. Da Auseinandersetzungen befürchtet wurden, organisierte die Rote Hilfe einen Sanitätswagen sowie eine Gruppe von Ärzten und Pflegerinnen, der auch Anja angehörte. In einem „Offenem Brief zweier Sozialdemokraten“, der in der November-

Nummer der *Roten Hilfe* abgedruckt wurde, schildern Leopold Knopp und Jenö Kostmann, zu diesem Zeitpunkt noch Mitglieder der SDAP, die Ereignisse und die Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Vizebürgermeister Püchler: „Wir fuhrten daher mit zwei Ärzten und zwei Pflegerinnen in einem Auto nach Wiener Neustadt. Sonntagmorgens erhielten wir von den Genossen aus dem Schutzbund einen Platz für unser Sanitätsauto zugewiesen. Als wir mit dem Auto am Fahrplatz Aufstellung genommen haben, stürzte Genosse Püchler auf uns los und begann zum ‚Amtshandeln‘. [...] Zunächst riss er das Schild Sanitätsauto der ÖRH herunter und schrie: ‚Geh’ma, geh’ma nach Wien!‘ [...] Als er uns abführen wollte, erklärten wir, auf unseren Rechtsanwalt warten zu wollen. Da packte uns Püchler und schleuderte uns ins Auto. Einen Arzt packte er besonders brutal an und sagte: ‚Du bist auch so ein Judenbengel!‘ Unter fortgesetzten Beschimpfungen führte uns Püchler zu den spanischen Reitern, übergab uns den Soldaten und befahl einem Gendarmen, mit uns ins Kreisgericht zu fahren.“ Erst am nächsten Tag konnte die Intervention eines Rechtsanwalts der *Roten Hilfe* die Freilassung der Sanitätsgruppe erwirken.

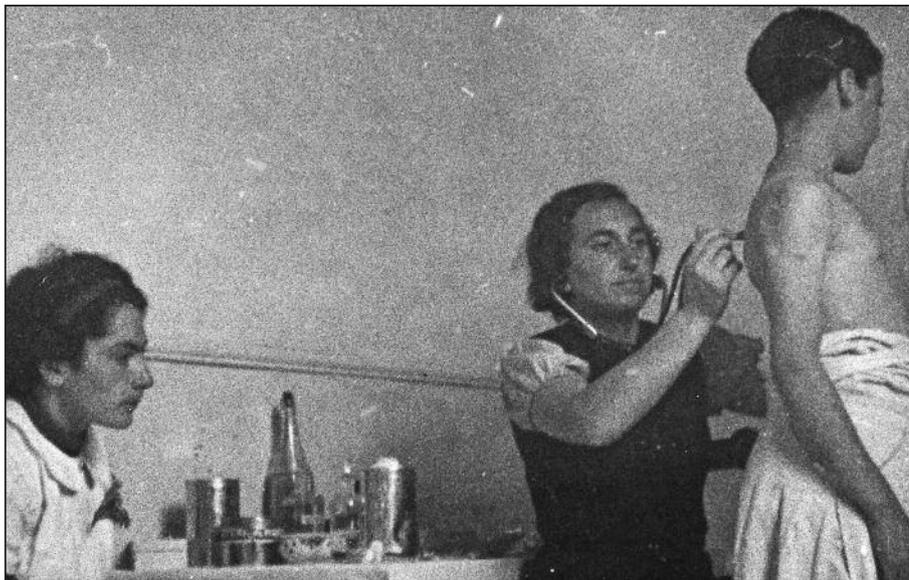
Dieser Vorfall führte für Anja zu Konflikten mit ihren zionistisch gesinnten Eltern, die ihr Vorwürfe wegen ihrer kommunistischen Aktivitäten machten. Sie zog aus der elterlichen Wohnung im 9. Bezirk in der Servitengasse 14 aus, wohnte einige Zeit in der Nottebohmstraße in Döbling und schließlich ab Dezember 1930 in einem Studentinnenwohnheim in der Türkenstraße 9. Nunmehr ohne finanzielle Unterstützung ihrer Eltern arbeitete sie neben dem Medizinstudium als Kindergärtnerin und Krankenschwester. Auch setzte sie ihre politische Tätigkeit fort und wurde im August 1931 bei einer Antikriegsdemonstration verhaftet. 1932 wurde sie von der Partei „beurlaubt“, um ihr Studium abschließen zu können. Nach ihrer Promotion am 24. Februar 1933 arbeitete sie einige Monate in einem Wiener Spital.

Kinderärztin in der Sowjetunion

Und dann begann ein neuer Lebensabschnitt für Anja. Mit Zustimmung der

Partei übersiedelte sie in die Sowjetunion, wo sie als Ärztin in einem Moskauer Kinderspital Arbeit fand. Dass ihre Abreise aus Österreich auch einen persönlichen Hintergrund hatte, lässt sich aufgrund einer Anmerkung in einer in Moskau am 2. Juni 1940 erstellten Kadernachfrage vermuten. Es heißt dort, dass sie 1933 zu ihrem „Mann“ (allerdings ohne Namensnennung) in die Sowjetunion gereist sei. Eine weitere Recherche und Überprüfung auf Wahrheitsgehalt war mir nicht möglich, da es auch in keiner der im Spanienarchiv im DÖW vorliegenden biographischen Erinnerungen Anja Hammermanns einen Hinweis auf einen Lebensgefährten gibt.

Neben ihrer Arbeit im Spital besuchte sie 1933/34 und 1935/36 die Lehrgänge der Kommunistischen Abenduniversität. Auch hatte sie weiterhin enge Verbindung mit der KPÖ-Leitung im Moskauer Exil. Für die erwähnte Kadernachfrage gab Friedl Fürnberg – in seiner Eigenschaft als Vertreter des Zentralkomitees der KPÖ beim Exekutivbüro der Kommunistischen Internationale – am 1. Juli 1940 folgende Auskunft an die Kaderabteilung der Komintern: „Hammermann Anni: ist langjähriges Mitglied der KPÖ. Sie kam seinerzeit mit Erlaubnis der Partei in die SU und arbeitete hier in ihrem Beruf als Ärztin. Im Jahre 1937 wurde sie aus der SU ausgewiesen. Die Ausweisung erfolgte im Zusammenhang damit, dass in ihrem Pass eine Auslandsreise verzeichnet war, sie selbst aber seit ihrer Ankunft in der SU nicht ins Ausland fuhr. Sie hatte ihren Pass auf Verlangen des Gen. Großmann und im Einverständnis mit dem SS [d.i. der Internationale Verbindungsdienst der Komintern] einer Genossin zur Verfügung gestellt, die durch die Komintern ins Ausland geschickt wurde. Den Pass bekam sie später vom SS wieder zurück. Trotzdem wir uns damals bemühten die Ausweisung wieder rückgängig zu machen, gelang dies nicht. Sie fuhr von hier nach Prag und wurde von der Partei nach Spanien geschickt, wo sie als Ärztin arbeitete. [...] Sie ist eine gute und verlässliche Genossin.“ Ohne Vorliegen weiterer konkreter Fakten ist diese Angelegenheit schwer interpretierbar. Festzuhalten ist aber, dass selbst Interventionen hochrangiger KPÖ-Funktionäre keine Rück-



Anja Hammermann (rechts) als Ärztin in einer Ambulanz der Internationalen Brigaden für Flüchtlingskinder. Links die österreichische Spanienfreiwillige Stefanie Bauer.

nahme der Ausweisung aus der Sowjetunion erwirken konnten.

„Militärärztin“ bei den Internationalen Brigaden

Am 27. Dezember 1937 kam Anja Hammermann schließlich in Spanien an. In Barcelona traf sie zu ihrer Überraschung auf Dr. Fritz Jensen, den sie noch aus der gemeinsamen Zeit an der Universität in Wien kannte und der nun medizinischer Leiter des Spitals der Internationalen Brigaden in Benicàssim war. In einem im Spanienarchiv aufliegenden Erinnerungsmanuskript schreibt sie über diese Begegnung: „Er nahm mich nach Benicàssim mit und dort lernte ich eine Reihe von Schriftstellern kennen, die die Kämpfe des republikanischen Spanien dokumentierten: Egon Erwin Kisch, Erich Weinert und Willi Bredel. Ich hatte aber auch die Möglichkeit, die Behandlung von Verwundeten zu sehen.“

Nach einem kurzen Aufenthalt in Albacete, dem Hauptquartier der Internationalen Brigaden, kam Anja nach Murcia, wo sie in dem in der Universität untergebrachten Spital tätig war. „Ich verheimliche meine Verblüffung darüber nicht, dass ich mich nach vielen Jahren als Kinderärztin plötzlich in eine Militärärztin verwandelt sah. [...] Die Kranken dort waren alle Kriegsverwundete. Deshalb musste ich einen neuen Beruf erlernen, den einer Chirurgin. [...] Ein paar Monate später war ich Teil einer chirurgischen Gruppe, ich hatte gelernt, mich in der Behandlung von Verwundeten nützlich zu machen. [...] Ich habe auch gelernt, bestimmte Operationen zu machen, die normalerweise von

Chirurgen durchgeführt werden und Erfahrung gewonnen, infizierte Frakturen zu behandeln. [...] Auch kümmerte ich mich um Bluttransfusionen, die den Verwundeten direkt gegeben wurden. Spender waren das Spitalpersonal und Verwundete auf dem Weg der Besserung.“

Die Sanitätszentren der Internationalen Brigaden waren aber nicht nur Einrichtungen zur medizinischen Versorgung der Verwundeten, wie Anja Hammermann schreibt: „Die Spitäler von Murcia waren auch ein kulturelles Zentrum, weil die Verwundeten und das medizinische Personal sehr eng mit der Bevölkerung der Stadt verbunden waren. [...] Jugendliche und Kinder wollten das Spital besuchen und an künstlerischen Programmen zu Literatur und Politik teilnehmen, die den antifaschistischen Krieg zum Inhalt hatten.“

Kinderambulanz in Murcia

Und letztendlich konnte sie auch ihre berufliche Erfahrung als Kinderärztin einsetzen: „Für die Kinder haben wir eine Ambulanz eingerichtet, in der ich den kleinen Kranken Ratschläge gegen die Mangelernährung, Infektionskrankheiten und Augenkrankheiten gab. Es gab nämlich einen großen Mangel an Ärzten für die Zivilbevölkerung und es war ein großer Gewinn für die benachteiligten Kinder, die hier medizinische Hilfe bekommen konnten. [...] Das Schicksal dieser jungen Wesen und ihr Vertrauen in die Internationalen war sehr bewegend und herzerwärmend. Eine große Anzahl dieser Kinder waren Waisen, deren Väter an der Front oder deren Eltern durch die Bombardierungen der Zivilbevölkerung

getötet worden waren. Die Kinder, Zeugen vieler Bombardierungen, wollten niemals in ihren Betten schlafen. Wenn die Nacht hereinbrach, standen sie auf und man konnte sie vor drei Uhr morgens nicht wieder ins Bett bringen. Für unsere von ihren eigenen Familien getrennten Verwundeten, war die Anwesenheit der Kinder ein Geschenk. Und ich selbst, obwohl von der Arbeit müde, liebte die in der Beratungsstelle mit den Kindern verbrachten Stunden. Es war schön zu denken, dass ihr Leben vielleicht eines Tages ruhiger wäre, ein Leben ohne Angst, Lärm und Explosionen, ihr Heim schöner wäre und sie eine Zukunft hätten.“

Evakuierung nach Katalonien und Heirat in Mataró

„Aber in der Zwischenzeit ging der Krieg weiter. Die Faschisten wurden immer aggressiver und eines Tages kamen Gerüchte über die Evakuierung unserer Spitäler auf. Im April 1938 bestätigten sich diese Gerüchte, wir mussten Murcia verlassen. [...] Die Evakuierung erfolgte mit dem letzten Zug nach Katalonien. Die Schwerverletzten wurden auf Stroh liegend transportiert, die anderen stehend.“

Am 11. April 1938 kam Anja im Spital von Mataró an. Dort lernte sie den in Bessarabien geborenen Dr. Michael (Mischa) Perilman kennen, der in Frankreich Medizin studiert hatte und bereits im Oktober 1936 als Arzt zum Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden gekommen war. Weitere Stationen nach seinem ersten Einsatz bei der Verteidigung Madrids im Winter 1936/37 waren das Hospital Nr. 1 in Albacete und die Klinik in Orihuela. Seine Aufgabengebiete in Mataró waren in der Administration des Spitals und medizinische Supervision. In einem Interview mit dem *Jerusalem Post Magazine* vom 31. März 1989 erinnert sich Anja an ihre gar nicht romantische Eheschließung mit Mischa Perilman in Mataró: „Es gab keine Trauungszeremonie, kein Fest, nur eine formale Registrierung.“

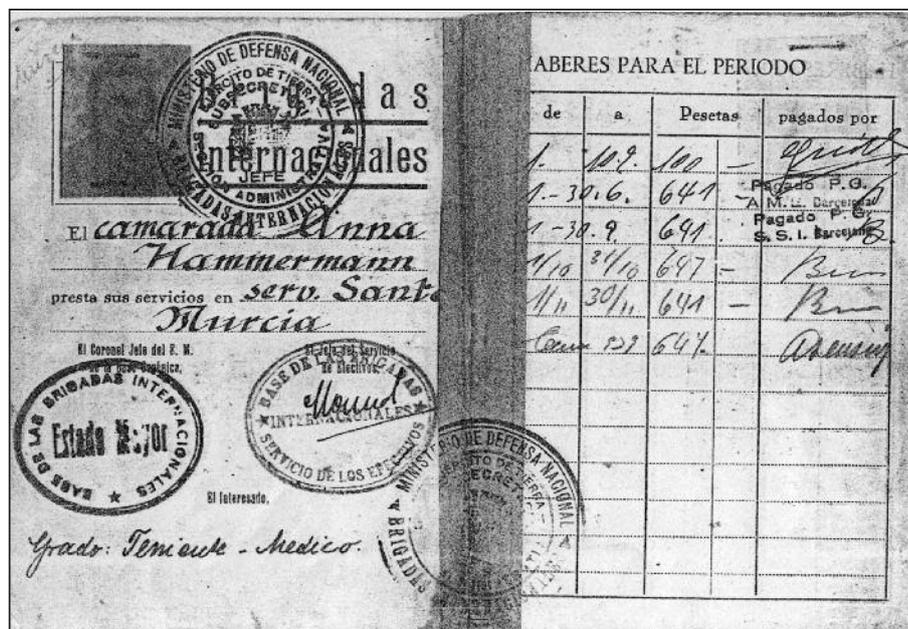
In ihren Erinnerungen schreibt Anja über die Situation während der schweren und verlustreichen Kämpfe: „In Mataró, dem einzigen chirurgischen Zentrum der Interbrigaden in Katalonien, hat man Tag und Nacht gearbeitet. In der Nacht kamen die neuen Transporte von immer mehr Verwundeten. Die Bombardierungen waren sehr häufig, ich habe mich nie so sehr vor Verletzten erschreckt. Die Fenster und Wände bebten und das

medizinische Personal, Ärzte und Krankenschwestern sowie die Spitalsdirektion unternahmen alles, um sicher zu gehen, dass unsere Verwundeten, die ans Bett gefesselt waren, die Ruhe bewahrten. Wir stellten ein Bett neben das andere, um unter diesen Umständen Panik zu vermeiden. Unsere jungen Krankenschwestern waren bewundernswert in ihrer Fürsorge für die Kranken. Ich denke mit Stolz an diese jungen Mädchen, die nicht ausgebildet waren und die gelernt hatten, bei chirurgischen Fällen zu assistieren. Sie haben uns geholfen, Frakturen der Extremitäten zu behandeln, und haben sich auf die Behandlung von Wundinfektionen spezialisiert. Die Zusammenarbeit zwischen Medizinerinnen und Krankenschwestern ließ nichts zu wünschen übrig, sie war absolut perfekt. Trotz der sehr schwierigen Situation an der Front hat uns diese Harmonie und Brüderlichkeit immer mit Hoffnung erfüllt. Jeder arbeitete mit viel Enthusiasmus und Hingabe.“

„Wie in Murcia hatten wir sehr enge Beziehungen mit der Zivilbevölkerung und ein Hilfskomitee für die Kinder der Stadt eingerichtet. Die Hilfe bestand in der Organisation einer medizinischen Beratung und Besuchen der Kinder durch das Sanitätspersonal sowie der Verwundeten des Spitals. Wir bemühten uns immer auch Spielsachen zu bringen. Ich erinnere mich an einen dieser Besuche, der ihnen große Freude bereitete, weil sich unter dem Spielzeug auch ein elektrischer Zug befand. [...] Niemals vergesse ich ihre Besuche im Spital. Gerne unterhielten sie sich mit unseren Medizinerinnen, Krankenschwestern und auch Patienten. Von Zeit zu Zeit haben sie auch assistiert und Konzerte für die Verwundeten gegeben. Weil es unter den Kindern viele Waisen gab, war unsere Anwesenheit für sie aufmunternd und machte sie für einige Stunden den Verlust ihrer Familie vergessen.“

Abschied von Spanien

Im September 1938 wurden die Internationalen Brigaden von der Front zurückgezogen und es gab eine große Abschiedsparade in Barcelona, an der auch Anja teilnahm: „Wir marschierten mit den vielen Freiwilligen vom Sanitätsdienst an der Seite unserer Mitkämpfer durch die schönen Straßen der katalanischen Hauptstadt. Die Stimmung war bewegend, viele Frauen in den Straßen weinten und auch bei uns blieben die Augen nicht trocken. Es war so traurig, dieses großmütige spanische



Militärausweis von Anja Hammermann bei den Internationalen Brigaden.

Volk verlassen zu müssen. Beim Vorbeimarsch an der Tribüne haben wir Halt gemacht, um die Abschiedsansprache von Pasionaria zu hören. Sie sagte, dass Spanien als befreites Land uns allen als Teil ein- und derselben Familie Heimat sein werde. Und wir haben unsererseits versprochen, das spanische Volk weiter im Kampf zu unterstützen.“ Und Anja schließt ihre Erinnerungen mit folgenden Worten: „Wir hatten einer guten Sache gedient. Wir waren geleitet von unserem gerechten Kampf. Unsere Teilnahme im spanischen Krieg wird immer ein Beispiel für jene sein, die die Freiheit lieben und bereit sind, sie unter großen Opfern zu verteidigen.“

Mit dem Vorrücken der Franco-Truppen musste das Spital von Mataró evakuiert werden und das an der Costa Brava gelegene S'Agaró wurde Anjas letzter Einsatzort in Spanien vor dem Marsch Richtung französischer Grenze: „Wir wurden bombardiert, Stück für Stück näherten wir uns mit hunderten, tausenden Flüchtlingen Frankreich. Wir gingen ins Ungewisse.“

Emigration nach England

Nach dem Grenzübertritt für kurze Zeit von den französischen Behörden interniert, konnte Anja in einem Spital in Perpignan arbeiten. Sie fand dort auch ihren Mann wieder, von dem sie nach der Evakuierung der Spitäler getrennt worden war, wie sie im Interview mit dem Jerusalem Post Magazine erzählt, und den man mit einer Blinddarmentzündung ins Spital eingeliefert hatte. Der Weg in die von Hitler-Deutschland im März 1938 besetzte Heimat war Anja – wie so vie-

len österreichischen Freiwilligen – versperrt. Es gelang ihr, nach Großbritannien zu emigrieren, und auch ihr Mann konnte nach mehrmonatiger Internierung in französischen Lagern am 1. September 1939 Frankreich verlassen.

Auch in der englischen Emigration setzten beide ihren Kampf gegen den Faschismus fort. Dies belegen zwei im Spanienarchiv aufliegende Dokumente. Mischa berichtet in seinen Erinnerungen, dass sie während der Bombardierungen Londons in einem Spital arbeiteten. Anja war als Mitglied der *Association of Austrian Doctors in Great Britain* Verfasserin eines Informationsbriefes vom 1. Februar 1943, in dem an die britischen Behörden appelliert wird, die Emigrantinnen als gleichberechtigte Alliierte im Kampf gegen den Faschismus anzuerkennen: „Die Offensive der Alliierten hat begonnen. Der Bedarf an Militärärzten ist bekannt und eine Reihe von Kollegen hat sich bereit erklärt, in die Armee – sei es in die britische oder in eine Freie Österreichische Einheit – einzutreten. Wir Ärzte wollen auch in dieser Hinsicht unser Bestes leisten und den tschechischen, französischen und polnischen Kollegen nicht nachstehen. [...] Eine der Hauptschwierigkeiten, die der vollen Entfaltung unseres Einsatzes noch im Wege stehen, ist der Status des ‚enemy alien‘. Hier eint uns Ärzte mit den tausenden Österreichern in diesem Lande, die heute schon ebenfalls in kriegswichtigen Berufen arbeiten, der Wunsch und das Streben, als Alliierte anerkannt zu werden. [...] Engste Zusammenarbeit mit unseren Landsleuten und die Förderung unserer Beziehungen

zu unseren britischen Kollegen und Freunden ist daher eine Vorbedingung unserer Arbeit. Sie und uns verbindet ein großes Ziel – das Ziel der fortschrittlichen Menschheit – die Vernichtung der Nazi-Tyranei.“

Jugoslawien und Israel

Nach Ende des Krieges wollte Anja eigentlich nach Österreich zurückkehren. Dies scheiterte aber daran, dass ihr Mann, der seine Familie im Holocaust verloren hatte, zwar über Kenntnisse in mehreren Fremdsprachen verfügte, aber nur unzureichend Deutsch konnte. So beschlossen sie, 1946 nach Jugoslawien zu gehen. Über diese Zeit und ihre dortige berufliche wie politische Tätigkeit gibt es leider keine Unterlagen. Bekannt ist nur, dass sie im Zuge des Bruchs Jugoslawiens mit dem Kommunistischen Informationsbüro verhaftet und nach Montenegro verbannt wurden. Schließlich gelang es ihnen, nach Israel auszureisen, wo Anjas Geschwister Artur und Erna lebten.

Sie siedelten sich in Haifa an, wo Anja als Kinderärztin bei der Krankenkasse und Mischa als praktischer Arzt arbeitete. Anja kam regelmäßig auf Besuch nach Österreich, wo sie den Kontakt mit den österreichischen Spanienfreiwilligen pflegte. Ihren Idealen der Solidarität und dem Wohl der Kinder lebenslang verpflichtet, sammelte sie bei diesen Aufenthalten auch immer wieder Geld zur Unterstützung eines gemeinsamen Kindergartens für jüdische und palästinensische Kinder, wie mir Irma Schwager erzählte. Nach dem Tod ihres Mannes fand sie noch einmal einen Lebenspartner, mit dem sie im Kibbuz Shaar ha Amakim ihren Lebensabend verbrachte. Anja Hammermann ist im November 1994 in Israel verstorben.

Quellen:

– Der Text stützt sich auf Unterlagen im Personendossier über Anja Hammermann im Spanienarchiv des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Dieses enthält u.a. ein Erinnerungsmanuskript von Anja Hammermann (RGASPI 495/187/1497), Meldedaten aus dem Wiener Stadt- und Landesarchiv, das Rigorosenprotokoll (Archiv der Universität Wien) sowie ein Erinnerungsmanuskript von Michael Perilman.

– Bei Roni Hammermann bedanke ich mich für zahlreiche Gespräche und Informationen zur Familie Hammermann.

– Christine Franz danke ich für die Übersetzung des in französischer Sprache abgefassten Erinnerungsmanuskripts von Anja Hammermann.

Maria Cäsar: Widerstandskämpferin und Zeitzeugin – ein Nachruf

Am 1. September ist die ehemalige Widerstandskämpferin und Zeitzeugin Maria Cäsar wenige Tage vor ihrem 97. Geburtstag in Graz gestorben. Auf ihr langes Leben zurückblickend, hat sie einmal gemeint, sie sei „immer schon eine politische Frau gewesen“, und als solche hat sie sich über 80 Jahre lang in die Politik eingemischt, wofür sie verfolgt und verhaftet, gewürdigt und letztlich auch vielfach geehrt wurden.

Am 13. September 1920 wurde sie in Prevalje (Slowenien) als Maria Kreth geboren. Sie wuchs allerdings in der obersteirischen Industriestadt Judenburg auf, wo ihr Vater im Styria-Gußstahlwerk arbeitete und innerhalb der Sozialdemokratie organisiert war. In Judenburg verbrachte sie ihre Kindheit und Jugend, die ab Anfang der 1930er Jahre von einer schweren Krise dominiert war. „Arbeitslosigkeit und damit bittere Not in unserer Region waren für uns daher jahrelang kein Fremdwort. Für uns Kinder bedeutete ein Kipferl schon eine besondere Belohnung“, sollte sie später über diese Zeit bemerken.¹

In diese Phase fiel auch ihre politische Sozialisation, zunächst innerhalb der sozialdemokratischen Jugendorganisation *Rote Falken* und der *Sozialistischen Arbeiterjugend*. Nach der großen Enttäuschung über die Niederlage der ArbeiterInnenbewegung im Februar 1934 schloss sie sich aber bald schon, wie viele andere auch, dem Kommunistischen Jugendverband (KJV) an. „Im Herbst 1935 stieß zu unserer Gruppe Willi Fritz – ein erfahrener Jugendlicher des Kommunistischen Jugendverbandes –, der unsere Diskussionen durch seine theoretischen und praktischen Erfahrungen noch interessanter machte. Wir trafen uns auf Almhütten auch mit Mädchen und Burschen aus Knittelfeld und Fohnsdorf. Dort besprachen wir verschiedene Aktionen, so zum Beispiel, wo wir Flugblätter streuen können. Willi Fritz brachte uns – wenn er nach Judenburg kam – auch politische Bücher und Informationsmaterialien mit. Wir waren wissbegierig und schöpften aus unseren Zusammenkünften sowie dem Gelesenen Hoffnung für eine bessere Zukunft Österreichs.“

In Deutschland herrschten schon seit 1933 die Nazis. Bücher, deren Inhalte gegen die Auffassung der Nazis waren,

insbesondere marxistische Literatur, landeten auf öffentlichen Scheiterhaufen. Sozialisten, Vertreter bürgerlicher Parteien und Kommunisten wurden eingesperrt, deren Parteien verboten. Wir erfuhr von Willi Fritz die Wahrheit über diese Ideologie und sammelten Argumente, warum dieses Regime besonders für die Arbeiterschaft so gefährlich war. Aber wir lernten damals auch schon, dass Faschismus letztlich Krieg bedeutet. Dazu kamen unsere eigenen Erfahrungen, dass schon im Austrofaschismus die Demokratie faktisch ausgeschaltet wurde und die Parteien der Arbeiterschaft verboten waren. Dass eine Nazidiktatur diesen Zustand nur verschlimmern würde, war uns trotz unserer Jugend klar.²

Bereits unmittelbar nach dem „Anschluss“ 1938 kam es seitens des KJV im Bezirk Judenburg-Knittelfeld³ zu einer Umstrukturierung, was auch der Gestapo in Graz nicht verborgen blieb, wie aus einem Bericht vom 24. Dezember 1938 hervorgeht: „Der organisatorische Aufbau des KJV unterscheidet sich wesentlich von dem der vergangenen Jahre. Während man früher daran gegangen war, eine straffe Organisation aufzubauen, hat man heute diese Taktik fallen gelassen und hält aus Gründen der Konspirativität eine lose Zusammenfassung aller Gesinnungsfreunde im Rahmen von Dreierzellen für geeigneter.“⁴

Für den Kontakt zu diesen Zellen wurde seitens des ZK des KJV Friedrich Pietzka beauftragt, der sich ab Sommer 1938 mit den lokalen Funktionären im Mur- und Mürztal, u.a. mit den Knittelfeldern Alois Lew und Hugo Kowatsch, traf. Innerhalb kürzester Zeit gelang es Lew im Bezirk Judenburg neben den bereits aus der Zeit vor dem „Anschluss“ bestehenden Zellen weitere aufzubauen. Dabei kam er auch mit der Judenburger Gemüsehändlerin Maria Kreth in Verbindung, die wiederum Kontakte zu den Arbeitern der „Styria-Gußstahlwerke“ hatte. Innerhalb der Zellen wurden bei gemeinsamen unverdächtigen Wanderungen aktuelle politische Entwicklungen besprochen, Mitgliedsbeiträge einkassiert und die über die Leitung des KJV aus Wien bezogenen illegalen Zeitungen und Broschüren gelesen und diskutiert.

Da die Gestapo über die Aktivitäten des KJV in der Steiermark schon seit



Herbst 1938 durch einen V-Mann bestens informiert war, schlug sie – nachdem ihr alle Verbindungen bekannt waren – Anfang Mai 1939 in der Obersteiermark zu. In einem Bericht der Gestapo vom 13. Juni 1939 heißt es: „Die Erhebungen ergaben, dass in Knittelfeld eine umfangreiche illegale Organisation des komm. Jugendverbandes bestand, die Verbindungen nach Wien, Klagenfurt und zu dem Vertreter der Auslandsstelle der KPÖ in Jugoslawien hatte. Es wurden 43 Personen wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen und dem Landgericht Graz zugeführt, das Haftbefehle erlassen hat.“⁵ Eine der damals Festgenommenen war Maria Kreth. Nach 14 Monaten Untersuchungshaft wurde sie Ende Juli 1940 entlassen und heiratete einen Monat später Franz Greilberger. Im Hochverratsprozess am Oberlandesgericht Wien wurde sie im April 1941 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wobei die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt galt. Noch im gleichen Jahr wurde sie erstmals Mutter. Doch nur wenige Monate nach der Geburt ihres Sohns Heinz musste ihr Mann an die Ostfront, wo er 1943 starb.

In der Folge knüpfte sie über ihre Verwandten in Slowenien Kontakte zu den Partisanen und Widerstandsgruppen in Judenburg. Als 1944 Mitglieder der Widerstandsgruppen verhaftet wurden, befürchtete sie, auch verhaftet zu werden und ging deshalb ohne ihr Kind zu den slowenischen Verwandten. Da ihr Name im Zuge der Einvernahmen nicht genannt wurde, kehrte sie bald wieder nach Judenburg zurück, wo sie auch die Befreiung erlebte.

1949 wurde ihr zweites Kind, Ernst, geboren. Ohne den Vater des Kindes ging sie schließlich 1950 nach Graz, wo sie mit ihren beiden Söhnen in einer Baracke im Lendviertel wohnte. In Graz wurde sie innerhalb der KPÖ und dem Bund Demokratischer Frauen aktiv. Da-

mit begann Maria Cäsars zweite politische Laufbahn, über die sie einmal in einem Interview meinte, dass sie bis in die 1980er Jahre als Mensch zweiter Klasse behandelt wurde. „Die Leute wechselten die Straßenseite, wenn sie mich sahen. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie es war, Kommunistin zu sein...“⁶ In dieser Zeit heiratete sie Rudolf Cäsar, der 20 Jahre lang Betriebsrat bei den Grazer Stadtwerken war, und der sie in ihrem dritten Abschnitt als „politische Frau“ bis zuletzt begleitete. Denn als das Bundesministerium für Bildung die Aktion „ZeitzeugInnen an die Schulen“ startete, gehörte Maria Cäsar zu jenen Zeitzeuginnen, die in den steirischen Schulen die Erfahrungen ihrer Generation und ihre persönlichen Erlebnisse an die Jugend weitergab. Federführend für die Umsetzung dieser Aktion war in Graz Helmut Konrad, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Graz, der über diese Aktion einmal sagte: „Unter den Zeitzeugen und Zeitzeuginnen gab und gibt es zum Glück auch Naturtalente. Und ganz herausragend war ohne jeden Zweifel darunter Maria Cäsar. Schnell sprach sich herum, wie gut sie bei den jungen Menschen ankam, wie sehr sie deren Sprache und Denkmuster verstand und in welchem Ausmaß sie die Schulveranstaltungen zu Erfolgen machte.“⁷ Über Jahrzehnte war sie in Schulen, Jugend- und Erwachsenenbildungseinrichtungen unterwegs und hat Aufklärungsarbeit geleistet. Nach der Konstituierung der *Alfred Klahr Gesellschaft* im November 1993 gehörte Maria Cäsar lange Jahre auch dessen Vorstand an.

Für ihren jahrelangen Einsatz für eine bessere Welt wurde sie schließlich auch mehrfach geehrt und ausgezeichnet. So erhielt sie von der Republik Österreich 1978 die Befreiungsmedaille. Für ihren Einsatz als Zeitzeugin wurde sie 1995 zur Bürgerin der Stadt Graz, und das Land Steiermark zeichnete sie im Jahr

1999 mit dem Goldenen Ehrenzeichen und 2014 mit dem Großen Ehrenzeichen aus. 2001 war sie die erste Menschenrechtspreisträgerin des Landes Steiermark, und erst im letzten Jahr erhielt sie von der Republik Österreich das Silberne Verdienstzeichen.

HEIMO HALBRAINER

Anmerkungen:

1/ Maria Cäsar: Widerstand in Judenburg – 1938 und danach, in: Maria Cäsar/Heimo Halbrainer (Hg.), „Die im Dunkeln sieht man doch“ – Frauen im Widerstand – Verfolgung von Frauen in der Steiermark. Graz 2007, S. 41–47, hier S. 41.

2/ Ebd., S. 42.

3/ Vgl. dazu Heimo Halbrainer: „Eine einheitliche Front der österreichischen Jugend gegen die Fremdherrschaft des deutschen Faschismus errichten“ – Der Kommunistische Jugendverband Knittelfeld-Judenburg im Widerstand, in: Maria Cäsar: „Ich bin immer schon eine politische Frau gewesen.“ – Widerstandskämpferin und Zeitzeugin, hg. von Heimo Halbrainer. Graz 2006, S. 57–91.

4/ DÖW 1582, Bericht der Gestapo Graz an Geheime Staatspolizei Berlin, 24.12.1938.

5/ DÖW 1571, Vermerk der Gestapo Berlin, 26.8.1939.

6/ Zit. nach Maria Cäsar privat – „Mein Motor ist ausgeprägter Gerechtigkeitsinn“, in: Cäsar: „Ich bin immer schon eine politische Frau gewesen“, S. 93–108, hier S. 106.

7/ Helmut Konrad: Maria Cäsar als Zeitzeugin, in: ebd., S. 109–117.

Maria Cäsar: „Ich bin immer schon eine politische Frau gewesen.“ – Widerstandskämpferin und Zeitzeugin. Graz: CLIO 2006, 164 S. mit zahlreichen Abb., 12,- Euro

Bestellungen:

verlag@clio-graz.net



Edgar Schütz: *Österreichische JournalistInnen und PublizistInnen im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939. Medienpolitik und Presse der Internationalen Brigaden*, Wien: LIT Verlag 2016, 404 S., 69,90 Euro

Zum 80. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden erschien vergangenen Herbst die vorliegende Studie von Edgar Schütz über österreichische JournalistInnen im Spanischen Bürgerkrieg. Schütz, Leiter des außenpolitischen Ressorts der *Austria Presse Agentur* (APA), überarbeitete und erweiterte zu diesem Zweck seine 1993 fertiggestellte Dissertation.

Nach einem theoretischen Teil zur Kommunikationsgeschichte, der Presse der republikanischen Seite im Bürgerkrieg und zur Methodik seiner Arbeit, stellt Schütz die soziale, politische und wirtschaftliche Struktur Spaniens vor dem Bürgerkrieg dar. Diese Darstellung erfolgt vor dem Hintergrund der großen Auseinandersetzungen und Umbrüche in der spanischen Gesellschaft – in einer Zeit, in der Massenkommunikation und Massenmedien allgemein erst in ihren Anfängen standen. Der starke Gegensatz zwischen Stadt und Land, die teilweise gravierende Rückständigkeit Spaniens und der Einfluss der Katholischen Kirche werden von Schütz ausführlich behandelt. Wie jedoch der Autor in einer „Gebrauchsanweisung“ in seinem Vorwort bemerkt, kann – „wen diese Abhandlungen weniger interessieren“ – dieser zum Teil etwas sperrig geratene Abschnitt übersprungen und direkt beim Kernteil zur Presse der Internationalen Brigaden und der Beteiligung von ÖsterreicherInnen eingestiegen werden. Die höchst interessanten Ausführungen von Schütz zur (Medien)Politik der fragilen Republik und zu den, teilweise zaghafte Versuchen, ein demokratisches Mediensystem umzusetzen, laden jedoch zu einem längeren Verweilen ein.

Nach dem Aufstand der rechten Kräfte vollzogen und beschleunigten sich die medienpolitischen Aktivitäten der republikanischen Kräfte unter den Bedingungen des Krieges. Sehr schnell entstanden Frontmedien, die u.a. das formulierte Ziel hatten, „das kulturelle Niveau des Soldaten zu heben“. Sie waren Teil der allgemeinen Versuche, den weit verbreiteten Analphabetismus zu bekämpfen, die Bevölkerung zu bilden, zu informieren und die politischen Ziele der Volksfrontregierung bzw. des republikanischen Lagers zu vermitteln.

Nach der Bildung der Internationalen Brigaden etablierten diese eigene Zeitungen, in denen u.a. Artikel von Brigademitgliedern abgedruckt wurden. Verantwortlich für die Herausgabe von Zeitungen in den Einheiten waren die Politkommissare. Die Interbrigaden verfolgten eine strukturierte und geplante Kommunikationspolitik, die laut Schütz „Teil eines Erziehungs- und Lenksystems [war], das versuchte, das Individuum (den freiwilligen Soldaten) in allen Situationen zu erfassen“. Ihre entsprechend der nationalen Zusammensetzung der Brigaden mehrsprachige Presselandschaft verfügte ab Anfang 1937 auch über das Zentralorgan *Volontaire de la Liberté*, das in verschiedenen Sprachen erschien.

Schütz geht zunächst auf die politischen Funktionen dieser Presseorgane ein. Im Rahmen einer Dokumentation der verschiedenen Periodika der Interbrigaden behandelt er auch die Zeitung des österreichischen Bataillons *12. Februar*. Den Kern seiner Arbeit bildet jedoch eine kollektivbiografische Analyse der insgesamt 21 österreichischen JournalistInnen im Spanienkrieg. Die von Schütz vorgenommene Eingrenzung kann diskutiert werden: Aufgenommen wurden Personen, die zum Teil schon vor dem Bürgerkrieg, zum Teil aber auch erst nachher als Journalisten tätig waren.

Die Biografien umfassen jeweils mehrere Seiten. Unter ihnen befinden sich Namen wie Julius Deutsch, Leopold Spira oder Hermann Langbein, aber auch heute nur wenigen bzw. nur einem Fachpublikum bekannte Personen. Erfreulicherweise erschienen zu einigen der von Schütz dargestellten Persönlichkeiten bereits weiterführende Studien, zu manchen ist jedoch nur vergleichsweise wenig bekannt, wie z.B. zu Gusti Jirku – eine von zwei Frauen, die von Schütz recherchiert werden konnten.

Bei der von Schütz durchgeführten Auswertung der Biografien fällt auf, dass rund drei Viertel der untersuchten Personen jüdischer Herkunft waren. Rund die Hälfte der untersuchten Gruppe gehörte der KPÖ an. Nur neun der ausgewerteten Personen kehrten nach 1945 nach Österreich zurück, ebenso viele fielen im Krieg oder starben im Exil. Schütz weist anhand dessen auf den allgemeinen Umbruch in der Zeit von 1934/38 und 1945 in der österreichischen Medienlandschaft hin. Anstelle der exilierten oder umgekommenen JournalistInnen dominierten nach 1945 „viele Redakteure und freie Mitarbeiter nationalsozialistischer Zeitungen oder gleichgeschalteter Blätter“

die Presselandschaft. Hingegen waren die wenigen zurückgekehrten Exilanten vor allem in der sozialistischen oder kommunistischen Presse aktiv.

Leider wurde die Überarbeitung und Aktualisierung der aus den frühen 1990er Jahren stammenden Dissertation des Autors nicht flächendeckend umgesetzt. So wurde an manchen Stellen neuere Literatur nicht eingearbeitet. Dies ist beispielsweise bei den Zahlenangaben zu den Mitgliedern der Internationalen Brigaden problematisch. Auch finden sich darin einige Fehler, wie z.B. im Falle Benedikt Fantners zwei unterschiedliche Todesjahre.

Die Arbeit von Edgar Schütz füllt aber zweifelsohne eine Forschungslücke und regt auch zu weiteren biografischen Studien zu erwähnten Personen an. Hilfreich sind auch am Ende der Studie angeführte Artikelanthologien und Bibliographien der untersuchten Personen sowie biografische Abrisse und Artikelverzeichnisse von anderen Österreichern, die im Spanischen Bürgerkrieg kämpften und einmalig oder mehrmalig Artikel in den Frontzeitungen publizierten.

FLORIAN SCHWANNINGER

Louis Mahrer: Bora. Erzählung. Mit einem historischen Kommentar von Robert Streibel. Weitra: Bibliothek der Provinz 2017, 216 S., 24,- Euro

Zum 100. Geburtstag von Louis Mahrer ist dessen Erzählung „Bora“ neu erschienen. Ergänzt um einen historischen Kommentar, viele Details und Bilder aus dem Privatarchiv der Familie gelang es dem Kremser Historiker Robert Streibel, den Menschen hinter der Erzählung näher zu kommen. Eigentlich handelt es sich um einen Tatsachenbericht, der in zeitlos poetischer Färbung über die Geschichte zweier Wehrmachtssoldaten im Horchfunkdienst und ihre Abkehr vom Regime einerseits und ihre Hinwendung zum persönlichen Widerstand andererseits Auskunft gibt.

Der Lehrer Alois Mahrer, der seine literarischen Werke unter dem Namen Louis Mahrer veröffentlichte, kehrt in seiner Erzählung zurück in die wüsten Zeiten des Balkanfeldzugs und die Besatzungszeit, wo er als Angehöriger einer Horchfunkeinheit dafür zuständig war, Funksprüche der Tito-Partisanen abzuhören, um der Wehrmachtsführung ein genaues Bild über deren Position und Stärke zu geben. Während fast alle Soldaten als kleine Rädchen in dieser Maschinerie des Todes werkten ohne die

Befehle zu hinterfragen oder sich diesen gar zu widersetzen, wurde Mahrer und seinem Kameraden Chmiel bewusst, an welcher wichtiger Schaltstelle sie saßen. Die beiden beschlossenen hierauf, mit den jugoslawischen Partisanen Kontakt aufzunehmen, um diese zu warnen, da deren gesamte Kommunikation nicht nur abgehört, sondern auch entschlüsselt wurde. Abgesehen von dem ungeheuren Mut, dessen es bedurfte, diesen Schritt ausgerechnet im Feldgrau der deutschen Uniform zu wagen, ging dieser mit einem großen Risiko einher – sowohl für die beiden Soldaten als auch für ihr persönliches Umfeld.

Mahrer benutzt für seine unmittelbar nach dem Krieg niedergeschriebene Erzählung eine Sprache, der es gelingt, die Lesenden in den Bann zu ziehen. Bald wähnt man sich selbst im Städtchen Kraljevo und unter den Menschen, die er beschreibt. Man erkennt die Handschrift des Literaturbegeisterten und Germanisten. „Bora“ ist auch als Verneigung vor Mahrers Freund und Kameraden Chmiel zu verstehen. Als es den beiden nämlich gelungen war, die Partisanen zu warnen, wurden die Hitler-Schergen hellhörig ob der plötzlichen Verschlechterung der gewohnt hochwertigen Ergebnisse aus jener Horchfunkeinheit, der beide angehörten. Beide wurden daraufhin verhaftet. Nur durch das eiserne Schweigen Chmiels bei den Verhören behielt Mahrer sein Leben. Chmiel hingegen wurde verurteilt und erschossen. Chmiels Hinwendung vom geistigen zum tatsächlichen Widerstand setzte Mahrer ein einflussreiches literarisches Denkmal.

Der von Robert Streibel verfasste historische Kommentar ist bestens geeignet, sich der Persönlichkeit von Alois Mahrer zu nähern. Auf breiter Quellenbasis, etwa dem Briefwechsel aus dem Familienarchiv, nähert er sich dem politischen Fundament von Mahrers Entscheidung, sich dem Widerstand anzuschließen. Während in der Erzählung selbst die politischen Beweggründe nur angerissen werden, so ist das erfüllte Leben Mahrers und seiner Frau Therese als Kremser KommunistInnen Zeugnis von Geradlinigkeit und Humanismus. Nach dem Krieg wurde Therese Mahrer Stadträtin für Kultur und Schulwesen und erwarb sich mit ihrem resoluten und prinzipientreuen Auftreten großes Ansehen in der Bevölkerung. Alois Mahrer arbeitete von 1947 bis zu seinem Tod als Lehrer für Deutsch und Französisch. Noch heute loben ehemalige SchülerInnen seinen Stil und seine Haltung.

Es ist ein wahrer Glücksfall, dass sich mit Robert Streibel der bekannteste Kremser Zeithistoriker der Neuauflage der „Bora“ angenommen hat. Durch seine intensive Auseinandersetzung mit den dunklen Zeiten des Faschismus streute er schon früher Salz in die offenen Wunden der Stadt Krems. Ihm gebührt Dank dafür, dass er nun diese Geschichte des Widerstands wieder vor den Vorhang holt und in Zusammenarbeit mit der Familie auch den Menschen Alois Mahrer in einer Art und Weise nachgezeichnet hat, die geeignet ist, den ihm gebührenden Platz in der Geschichte zuzuweisen. Dieser Platz geht weit über die Grenzen der Stadt Krems hinaus, was auch die Tatsache beweist, dass „Bora“ nun auch auf in serbischer Sprache erschienen ist. In Kraljevo, dem zentralen Ort der Ereignisse, stattfindende Lesungen fanden großen Widerhall. Es kam auch zu einem Gegenbesuch einer hochrangigen serbischen Delegation bei einer Lesung in Krems, bei der die Räumlichkeiten der *Galerie Kultur Mitte* aus allen Nähten platzten. Es gibt Bücher, die man unbedingt gelesen haben sollte. Das vorliegende gehört zweifellos dazu.

NIKOLAUS LACKNER

Gerfried Tschinkel: Die Warenproduktion und ihr Ende. Grundlagen einer sozialistischen Wirtschaft. Köln: Papy-Rossa 2017 (Hochschulschriften, Bd. 100), 101 S., 20,- Euro

O bwohl vielfältige Ursachen die Niederlage des Realsozialismus eingeleitet haben, sollten speziell auch jene analysiert werden, die nicht durch Ausnahmebedingungen und äußere Zwänge gerechtfertigt werden können. Gerfried Tschinkel nimmt dies zum Anlass, um die ökonomischen Ursachen des Scheiterns zu untersuchen, die er auf ungeklärte theoretische und vor allem praktische Probleme zurückführt. Die ökonomische Entwicklung der DDR dient ihm dabei als Empirie. Auch wenn nicht von einem wirtschaftlichen Kollaps ohne Entwicklungsperspektive ausgegangen werden kann, haben sich doch grundlegende Schwierigkeiten in der Organisation der Produktion und Verteilung manifestiert. Erhebliche ökonomische Disproportionen, Geldmengenüberhang, Mangel an Gütern bei gleichzeitiger Vergeudung von Produktivkräften sowie eine schließlich nachlassende Akkumulationsdynamik sind für ihn wesentlich in der Abkehr von einer gleichmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft

begründet. Zentrales Augenmerk legt Tschinkel auf das Wirken bzw. die Aufhebung des Wertgesetzes. Denn solange die Produktion nicht gesellschaftlich vorherbestimmt und in Einklang mit dem Bedürfnis ist, „kann das gesellschaftliche Bedürfnis, ausgedrückt in Kaufkraft, abweichen von der Produktion“.

Für Tschinkel ergibt sich eine folgenschwere Inkonsequenz, die ein spontanes Wirken des Wertgesetzes und schließlich den Niedergang des Sozialismus zur Folge hatte: Zwar existierte kein Privateigentum an den Produktionsmitteln und insofern auch kein Mehrwert. Auch bestanden keine durchschlagenden Möglichkeiten, sich das Mehrprodukt zur privaten Bereicherung anzueignen. Allerdings wurden die Produkte der relativ eigenständig agierenden Betriebe als Waren für einen teils anonymen Markt veräußert und den Betrieben wurde die Verfügung über einen Teil des Mehrprodukts zuerkannt. Somit kam es zu einem spontanen Wirken des Wertgesetzes hinter dem Rücken der Produzenten. „Das Wertgesetz begann der Planung zu widersprechen, die die Verwerfungen des Marktes nicht mehr auszugleichen im Stande war und sich mehr und mehr im direkten Gegensatz zur Wertökonomie befand.“ Gleichzeitig wurde die volle Entfaltung des Wertgesetzes durch Plan und Festpreise blockiert. Dadurch konnten Angebot und Nachfrage nicht auf die Preise wirken. Die Nichtübereinstimmung von betrieblichem Arbeitsaufwand und Preis äußerte sich in Disproportionen und in Verzerrungen der Mengengenrelation. „Dass die Pläne letztlich hemmend auf die Produktion wirkten, lässt sich [...] darauf zurückführen, dass das Wertgesetz als Regulator der Produktion dem Plan widerspricht, sodass dieser jegliche Wirkung verliert. Ab einem gewissen Punkt kann auch der Plan den Entwicklungen nicht mehr entgegensteuern, sondern blockiert sie mitunter.“

So, wie das Wertgesetz bis zur Auslösung zersetzend auf das urgesellschaftliche Gemeineigentum wirkte, habe es in ähnlicher Form zersetzend auf das sozialistische Eigentum gewirkt. Damit widerspricht Tschinkel den „Marktsozialisten“, die, wie beispielsweise Joachim Bischoff und Hans-Georg Draheim, behaupten, es sei möglich die Ausbeutung zu beseitigen, aber gleichzeitig den Wert beizubehalten. Für Tschinkel ist es unumgänglich, „dass die Produkte und die Produktionsmittel dem sozialistischen Staat gehören müssen, der darüber in vollem Umfang verfügt, sodass die

Gebrauchswerte gesellschaftliche Gebrauchswerte sind, in Übereinstimmung mit dem Plan.“ Das schließt auch die betriebliche Verfügung über das erzeugte Produkt aus, „sodass individuelle Ansprüche innerhalb und gegen das gesellschaftliche Eigentum nicht entstehen können und sodass die Produkte keine Waren werden, aufhören Waren zu sein“. Solange das Wertverhältnis aufrecht ist und auch in monetären Größen geplant wird, muss allerdings nicht alles vom Staat und seinen Organen zentralisiert sein. Der betriebliche Gewinn jedenfalls schon. Ebenso die Investitionen, um Ungleichgewichte in der Ökonomie und ein spontanes Wirken des Wertgesetzes zu vermeiden.

MATTHIAS KODERHOLD

Alexander Weiss (Hg.): Oktoberrevolution 1917 in der österreichischen Literatur. Wien: Edition Tarantel 2017, 272 S., 25,-Euro

Bestellungen: tarantel-wien@gmx.at

Marc Daniel Cohn-Bendit hat einmal lang ist es her – in einem Buch verkündet: „Wir haben sie so geliebt, die Revolution.“ Diese Zuneigung ist bei Alexander Weiss, dem Herausgeber des

Claudia Kuretsidis-Haider/Christine Schindler (Hg.): Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2017, 500 S., 19,50,-, office@doew.at

Am 4. Mai dieses Jahres feierte der Historiker Winfried R. Garscha – Mitglied des Vorstands der AKG und Archivar des DÖW – seinen 65. Geburtstag. Die



Forschungsstelle Nachkriegsjustiz und das DÖW nahmen dies zum Anlass, dem Jubilar eine Festschrift zu widmen. Die Texte von 30 AutorInnen spannen einen Bogen von der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung über den Ersten Weltkrieg und die Erste Republik hin zu Widerstand, Verfolgung, Holocaust und NS-Herrschaft. Ebenfalls im Fokus stehen die justizielle Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich, Entnazifizierung, Restitution, Erinnerungskultur und der Stellenwert von Akten für die Forschung.

Buches „Oktoberrevolution 1917 in der österreichischen Literatur“, tatsächlich zu spüren, während die „Helden“ der 68er-Revolution durchwegs ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht haben und – als Außen- oder Innenminister oder in anderen hohen Ämtern – ein feines Leben führten und führen.

Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit besteht weiter, mit ihm aber auch die Hoffnung, dass es irgendwann ein Ende geben wird, bei dem eine neue Gesellschaftsordnung entsteht, auf die auch jene hofften, die im Oktober 1917 den bewaffneten Aufstand gegen die provisorische Regierung von Kerenski organisierten und unter der Führung Lenins die Sozialistische Sowjetrepublik proklamierten.

Vor dem Vorwort des Herausgebers wird Heinz R. Ungers Gedicht „Wer schreibt Geschichte?“ zitiert. Im letzten Vers heißt es: „Wenn wir so vieles nicht erfahren sollen, wer hat Interesse daran, dass wir es nicht wissen? Wenn so vieles nicht in den Lehrbüchern steht, wer will, dass es nicht gelehrt wird?“

Auf eine Chronik der siegreichen Oktoberrevolution folgen auf insgesamt 272 Seiten zahlreiche literarische und wissenschaftliche Beiträge zum Thema. Ob das nun Elias Canettis Text „Der Schädel“ ist oder Viktor Matejka, der sich als kommunistischer Wiener Kulturstadtrat nach 1945 als einer der ersten und wenigen um die Wiedergutmachung und Bewältigung des Nazi-Terrors bemühte, und den der berüchtigte antikommunistische Kritiker Hans Weigel scheinheilig lobte: „Er ist das Gewissen einer Stadt, er ist einer der raren Gerechten, um derentwillen der Stadt verziehen werden muss, was sie an Schwächen im Lauf der Zeitgeschichte gezeigt hat.“ Es wäre zu begrüßen, wenn endlich eine Gesamtausgabe von Matejkas Texten erscheinen würde.

Auch Joseph Roths „Gespenster in Moskau“ und „Die Lage der Juden in Sowjet-Russland“ oder „Henker in Haft, Opfer befreit“ von Egon Erwin Kisch sind in diesem Buch zu finden, und natürlich fehlt auch „Das große Ereignis“ von Oskar Maria Graf nicht. Rolf Recknagel, der nachwies, dass sich hinter dem Pseudonym von „B. Traven“ der Münchner Revolutionär und Herausgeber der Zeitschrift *Der Ziegelbrenner* Ret Marut versteckte, schreibt über Oskar Maria Graf im Wiener Exil, außerdem ist der Herausgeber im Buch mit Texten vertreten, die sich vor allem mit der Geschichte der Linken in Österreich und dem „Übungsgelände der Revolte“

beschäftigen. Böse schwarze Wiener Satire steckt hinter Christian Scheibmüllers Text „Anarchie und Mauern“.

Ernst Fischers „Entwicklung der Sowjet-Macht“ fehlt in diesem Buch ebenfalls nicht. Reichliche Kritik gibt es in mehreren Texten an den Stalin'schen Säuberungen. So schreibt etwa Arthur Köstler: „Sie träumten von der Macht mit dem Ziel, die Macht abzuschaffen; über Menschen zu herrschen, um ihnen das Beherrschen abzugewöhnen. Alle ihre Gedanken wurden zur Tat, und alle Träume erfüllten sich. Wo waren sie? Ihre Gehirne hatten das Schicksal der Welt verändert; dann bekam jedes seine Ladung Blei. Die einen in die Stirn und die anderen ins Genick. Übrig waren noch zwei oder drei, über die Welt verstreut verbraucht. Und er selbst. Und Nummer eins...“. Auf Seite 189 des Buches kann man die Bildergalerie des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei von 1917 anschauen. Von den 25 Frauen und Männern starben fünf eines „natürlichen“ Todes, Stalin inbegriffen! Einzig der Beitrag von Werner Lang, ein „Reisebericht“, passt nicht so recht in dieses Buch. Franz Schandls „Dilemma der russischen Revolution“ ist zum Abschluss des Buches einer der herausragenden Texte. Mit dem abschließenden Satz: „Der Kommunismus der Zukunft hat mit dem Bolschewismus so viel zu tun wie der Computer mit Hammer und Sichel.“

DIETER BRAEG

Verena Moritz: 1917. Österreichische Stimmen zur Russischen Revolution. Salzburg, Wien: Residenz Verlag 2017, 287 S., 24,- Euro

Zwar trug die russische Revolution keine direkte Schuld am Untergang der Habsburger-Monarchie, dennoch setzte sie dahingehende Mechanismen in Gang und beschleunigte ihn. Die Historikerin Verena Moritz hat nun ein Buch vorgelegt mit österreichischen ZeitzeugInnenstimmen zu den Ereignissen des Jahres 1917. Das Besondere der Edition besteht darin, dass – über bereits bekannte Darstellungen und Bewertungen der Russischen Revolution hinaus – bislang unbekanntes Quellen aus dem Österreichischen Staatsarchiv präsentiert werden. Diese geben Auskunft darüber, wie in Österreich-Ungarn die revolutionären Ereignisse im Februar und Oktober 1917 aufgenommen wurden. Hervorzuheben ist die gelungene Auswahl der Quellen: Neben Botschaftsdepeschen und Akten des Armeekommandos finden sich

auch zahlreiche Berichte von heimgekehrten Kriegsgefangenen. Gerade diese „frischen Eindrücke“ von österreichischen Staatsbürgern sind von besonderem Interesse, waren sie doch zum Zeitpunkt ihres Entstehens noch frei von Abwägungen und Zuschreibungen. Lesenswert!

LISA-CARINA MOSER

Adelmo Cervi: Meine 7 Väter. Als Partisan gegen Hitler und Mussolini, aufgezeichnet von Giovanni Zucca, übersetzt von Gernot Trausmuth. Wien: Mandelbaum-Verlag 2016, 422 S., 19,90 Euro

Zwei Fotografien bilden den Kern der berührenden und gleichzeitig ungewöhnlichen Auseinandersetzung von Adelmo Cervi mit der Geschichte seiner Familie in der Zeit von Faschismus und Widerstand: Das erste Bild entstand vor dem Krieg und zeigt eine bäuerliche Großfamilie in der Emilia Romagna. Das zweite Bild entstand zwei Jahre nach der Erschießung der sieben Brüder Cervi durch die Faschisten. Auf diesem sind nur noch Witwen, Waisen und ein vom Schicksal gezeichneter Großvater zu sehen – die Überlebenden einer großen Katastrophe. In der Erinnerungskultur der Region, die ein Zentrum des Widerstands gegen den italienischen Faschismus und die deutsche Besatzung und in den Jahren nach 1945 eine Hochburg der KPI war, ist die Familie Cervi bis heute ein Symbol der Resistenza. Nicht nur ein Museum und ein Institut in ihrem Heimatort erinnern an die ermordeten Brüder, auch tragen Straßen und Plätze ihre Namen und noch immer beziehen sich italienische AntifaschistInnen in vielfältiger Weise auf sie. Die Geschichte der sieben Brüder, die sich allesamt in der Partisanenbewegung und im Widerstand engagieren sollten, fand ebenso außerhalb Italiens Verbreitung. So erschien beispielsweise das Buch „I miei sette figli“ des Vaters Alcide Cervi in der deutschen Übersetzung mit dem Titel „Meine sieben Söhne“ 1956 in der DDR im Dietz-Verlag.

Adelmo Cervi, der Sohn von Aldo Cervi, des eigentlichen Kopfes der „Banda Cervi“, begibt sich in seinem 2016 auf Deutsch erschienenen Buch auf die Spurensuche nach seinem Vater und dessen sechs Brüdern. Adelmo Cervi war noch ein Baby, als sein Vater hingerichtet wurde, er lernte ihn also nie bewusst kennen. In seinem Buch möchte er nun die Geschichte abseits des Mythos erzählen, die persönliche Entwicklung und

Politisierung seines Vaters nachzeichnen und seinen Motiven nachspüren, dem faschistischen Regime Widerstand entgegenzustellen und gleichzeitig für die Befreiung der in halbfeudalen Verhältnissen lebenden PächterInnen, BäuerInnen und LandarbeiterInnen zu kämpfen.

In seinem sehr persönlich gehaltenen Buch, das immer wieder von Reflexionen über die Familiengeschichte und politische Standpunkte unterbrochen bzw. begleitet wird, schafft es der Autor, das posthum errichtete Denkmal zu neuem Leben zu erwecken. Man erhält dabei auch sehr gute Einblicke in den Alltag und das harte Leben der dortigen Menschen, die sich seit jeher gegen den „Padrone“ zur Wehr setzen mussten und sich dazu im späten 19. Jahrhundert in Landarbeitergewerkschaften zusammenschlossen. Cervi macht dabei die Entwicklung der Linken in der Emilia-Romagna anschaulich, er zeigt das Denken und Handeln der bäuerlichen Familie zwischen Kirche und Kommunismus, die stellvertretend für so viele in dieser Region steht. Anhand der Biografie seines Vaters Aldo Cervi, die der Autor aus vielen Fragmenten – Erinnerungen, Berichten und Dokumenten – mühevoll versucht zusammzusetzen, wird deutlich, wie der Weg eines katholischen Kleinbauern hin zu einem führenden Protagonisten der Resistenza und zu einem bewussten Kommunisten erfolgen konnte. Die verschärfte Unterdrückung durch den Faschismus, dessen Schlägerbanden zugunsten der „Padrones“ in die sozialen Auseinandersetzungen eingriffen, wirkte hier als Beschleuniger bzw. Katalysator. Aldo Cervi politisierte sich während einer Anfang der 1930er Jahre von einem Militärgericht verhängten Haftstrafe, nachdem er eine Auseinandersetzung mit Vorgesetzten hatte. Er erhielt im Gefängnis Zugang zu marxistischer Literatur, ein Mithäftling gewann ihn für kommunistische Ideen – das Gefängnis wird zu seiner „Universität“. In der Folge politisierte sich auch seine Familie, und die „Casa Cervi“, ihr Hof im Ort Gattatico, wurde zu einer Zentrale des Widerstands. Hier wurden illegale Schriften erzeugt, Flüchtlinge versteckt und versorgt. 1943 verübten die Brüder Cervi eine erste Sabotageaktion. Nach der Besatzung durch die Deutschen im September 1943 organisierten sie den bewaffneten Widerstand, am 25. November wurden die sieben Brüder und der Vater jedoch am heimatlichen Hof verhaftet. Nach missglückten Befreiungsversuchen wurden die sieben Brüder

Cervi am 28. November 1943 in Reggio Emilia von den italienischen Faschisten ermordet.

Adelmo Cervis fragender und oftmals kritischer Blick hinter den Mythos ist immer von großer Sympathie und auch von Leidenschaft getragen. Cervi schafft es, durch seine persönliche Sichtweise und das Einfühlen in die ProtagonistInnen, die Erinnerung an seine ermordeten Familienmitglieder wachzuhalten und für heutige Generationen von LeserInnen neu zu erschließen. Dadurch wird auch ein in Österreich kaum bekanntes Kapitel der italienischen Resistenza für das heimische Publikum aufbereitet. Dies ist sicherlich ein großes Verdienst des Autors, seines Übersetzers und des Mandelbaum-Verlags.

FLORIAN SCHWANNINGER

Marianne Enigl: Baldermann. Wien 1903 – Berlin Plötzensee 1943. Eine Arbeitergeschichte im Roten Wien. Wien: Mandelbaum Verlag 2017, 235 S., 19,90 Euro

Am Haus Hellwagstraße 6 in Wien-Brigittenau gibt eine Gedenktafel Auskunft: „Hier stand einst die Metallwarenfabrik Blau. Zwei Arbeiter dieser Fabrik, Josef Baldermann (1903–1943) und Walter Schopf (1922–1943) sammelten in der NS-Zeit Geld für die Familien von Inhaftierten und verbreiteten illegale Flugschriften. Sie wurden deshalb verhaftet und schließlich hingerichtet.“ Arbeitskollegen der beiden hatten 1955 nicht nur für die Anbringung dieses Erinnerungszeichens gesammelt, sondern auch die Ausbildung von Baldermanns Sohn Josef unterstützt. 2013 wurde in einer Gedenkfeier ein großer Gemeindebau in der Pasettistraße „Josef-Baldermann-Hof“ benannt und vor dem Zugang später auch eine erklärende Tafel aufgestellt. Dass an beiden Veranstaltungen auch Wohnbaustadtrat Michael Ludwig teilnahm, garantierte eine Berichterstattung in den lokalen Medien. Wer war dieser kommunistische Widerstandskämpfer, der in einem Wiener ArbeiterInnenbezirk, der seit jeher von Zuwanderung geprägt war, noch Jahrzehnte nach seiner Hinrichtung präsent ist?

Die frühere *profil*-Journalistin Marianne Enigl hat die bewegende Geschichte Josef Baldermanns als Buch herausgebracht. Mit zahlreichen Fotos und Dokumenten, vor allem aber mit der Beschreibung der engeren Umgebung von Familie und Arbeitskollegen sowie zahlreichen zeitspezifischen Bezügen



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Revolution in Russland

Vortrag von **Stephen A. Smith**

(Professor an der Faculty of History der University of Oxford)

Präsentation von Stephen A. Smith: *Revolution in Russland: Das Zarenreich in der Krise 1890–1928*. Darmstadt 2017



Moderation: Dr. **Goran Musić** (CEU Budapest)

Stephen A. Smith ist Professor für Geschichte an der University of Oxford. Seine Fachgebiete sind die Russische wie die Chinesische Revolution, die sozialen Umbrüche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Kommunismus. Er gilt als bester englischer Kenner der Russischen Revolution.

Eine Veranstaltung von IG Geschichte, Alfred Klahr Gesellschaft und transform

Montag, **27. November 2017**, 19.00

Universität Wien, Hörsaal 41, Universitätsring 1, 1010 Wien

zur allgemeinen Geschichte jener Jahre gelingt es ihr, ein ungemein lebendiges Bild des Widerstandskämpfers zu zeichnen. Ihre einfühlsamen Schilderungen machen beispielsweise das ungläubige Staunen der empörten Witwe nachvollziehbar, als sie einige Monate nach der in Berlin-Plötzensee erfolgten Hinrichtung in einem Schaukasten der NSDAP ein Plakat der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt entdeckt, das mit herzigen Kindern Reklame für die angeblich so vorbildliche Jugendfürsorge des NS-Regimes in Wien macht – und ganz im Vordergrund des Bildes sitzt ausgerechnet ihr „Burli“ Josef und spielt mit Kastanien. Einem Bekannten gelang es schließlich, den Teil des Plakats, auf dem der Sohn des hingerichteten „Hochverrätters“ zu sehen ist, abzutrennen; das Bild ist im Buch abgedruckt.

Josef Anton Baldermann, Sohn einer aus Mähren zugewanderten Arbeiterfamilie, wuchs in der Brigittenau auf, wurde Metallarbeiter, brachte es in den acht Jahren, die er bei Siemens-Schuckert beschäftigt war, bis zum Maschinenmeister. In der Weltwirtschaftskrise wurde er gekündigt; erst unter dem NS-Regime konnte er wieder in seinem erlernten Beruf arbeiten – nach Kriegsbeginn wurde er in der (1938 „arisierten“) Werkzeug- und Maschinenfabrik Blau & Co dienstverpflichtet, wo er schließlich als Werkzeugfräser eingesetzt wurde. Als 37-

Jähriger lernte er seine Frau, die 36-jährige Miedernäherin Hermine Konschitzky, kennen. Die beiden heiraten. Die Geburt des Sohnes im Juli 1941 konnte er noch miterleben, zwei Wochen später wurde er von der Gestapo verhaftet.

Politisch hatte sich Josef Baldermann schon früh in der Sozialdemokratie engagiert. Die Gefahr, die dem Roten Wien durch den aufkeimenden Faschismus drohte, motivierten ihn dazu, sich dem Republikanischen Schutzbund anzuschließen. Seine besondere Begeisterung galt dem Arbeitersport und der Naturfreundebewegung. Baldermann war nach der Niederlage des Februar 1934 nicht bereit, sich zu fügen. Er schloss sich der illegalen KPÖ an und blieb auch nach der Annexion Österreichs an Nazi-Deutschland im Untergrund aktiv.

Die von ihm mitorganisierte Widerstandsgruppe hatte Verbindung zu weiteren Betrieben im Bezirk. Er selbst stand in Kontakt mit Genossen in der Vereinigten Telephon- und Telegraphenfabrik, in der Glühlampenfabrik Kremenezky und im Straßenbahnhof Brigittenau. Neben Josef Baldermann wurden sechs weitere Mitglieder der Gruppe am 10. Oktober 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 2. März 1943 hingerichtet – Heinrich Belohlavek, Josef Graf, Arthur Jäger, Emil Leibetseder, Johann Schöner und Karl Peter Wyt, den die Staatsanwaltschaft als

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Dieter

Braeg, Irene Filip, Sabine Fuchs, Winfried R.

Garscha, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann,

Matthias Koderhold, Nikolaus Lackner, Peter

März, Lisa-Carina Moser, Erich Sameck

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

BIC: OPSKATWW

Erstangeklagten führte. Alfred Mach und Viktor Dank waren bereits 1942 im Konzentrationslager Groß-Rosen zu Tode gebracht worden.

Marianne Enigls Arbeit wurde dadurch erleichtert, dass die Familie von Josef Baldermann sowohl das Tagebuch, das der Hingerichtete in den 1920er Jahren geführt hatte, als auch zahlreiche Fotos und vor allem die Briefe aus der Haft aufbewahrt hat. Dass sie auch die Gnadengesuche anderer Mitglieder der Widerstandsgruppe einbezieht, trägt zur „Farbigkeit“ der Darstellung des Umfelds Baldermanns bei. Enigl dokumentiert übrigens auch die verschiedenen Schreibweisen des Namens – Baldrman, Baldrmann, Baldermann –, die sich in den Dokumenten finden, darüber hinaus löst sie in einem eigenen Verzeichnis die in den Briefen meist nur mit Vornamen genannten Personen auf. Das vom Mandelbaum-Verlag sorgfältig gestaltete Buch stellt einen wertvollen Beitrag zur Geschichtsschreibung über den österreichischen Widerstand dar.

WINFRIED R. GARSCHA